

Die „Weltzeitung“ erscheint wochentlich, Sonntags und Montags ausserhalb...

Die wichtigsten Kongressberichte über den Kampf...

Die Weltzeitung Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Ruhr-Regierung unter Anklage

In ganz Bayern ist eine Protestbewegung gegen die Ruhr-Regierung und gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungs...

Dass dies keine Bedeutung ist, und dass deshalb die Parteien der Reaktion so stark an ihm festhalten...

Herr Strathmann, Professor in Erlangen, aber äußerte seine hochverräterischen Absichten so deutlich...

Sein Schatzzug der bewussten Täuschung der Öffentlichkeit, der allerdings nur bestätigte, was Strathmann allzu...

Die neue Mecklenburgische Regierung

Nachdem am letzten Freitag das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Stellung, früher Minister des Innern...

Die Arbeiterkontrolle in Italien

Nach dem erfolgreichen Kampfe der italienischen Metallarbeiter im Herbst des vorigen Jahres hat sich bekanntlich die Regierung...

Einen Teil dieser Forderungen werden die Unternehmer in der kapitalistischen Produktionsweise freiwillig nie erfüllen...

Oesterreich vor einem Putsch?

Die „Donau-Zeitung“ in Passau meldet für den 20. Januar in Wien gemeinsame Strahendemonstrationen der Gewerkschaften...

Preissturz der Lebensmittel in Dänemark

Auf dem dänischen Lebensmittelmarkt macht sich ein starker Preisfall bemerkbar. Der Preis für Butter, der am Anfang...

Wigdor Kopp abberufen?

Nach der „Täglichen Rundschau“ soll der russische Kommissar für den Gefangenen austausch Wigdor Kopp...

Theodor Leipart — Vorsitzender des A. D. G. B.

Der Bundesauswahlgang des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an Stelle des verstorbenen Karl Legien...

Der Ausnahmezustand in Bayern. Der Vertrauensmann der A. D. G. B., der Kommunist Horn in Regensburg...

Eine neue Note. Die deutsche Regierung hat gegen die von der Internationalen Kommission in Opatowitz...

Die neue Polizei

Der neue Kurs in Preußen hat auf dem Gebiete des Polizeiwesens Reformen gebracht, die wert sind, eingehend...

Die Entente glaubte Herrn Heine nicht und verlangte immer deutlicher, zuletzt in Spa, die Entmilitarisierung...

Diese Neuorganisation der Polizei verleiht wieder viele alte Polizeibeamtene, die auf ihren Vereinstagungen...

Was die Kosten betrifft, so nahm man einfach aus dem großen Topf, um später zu sehen wie man sich mit der...

Im alten Preußen bestand das Wesen der Polizei darin, die Polizeibeamten gegen die Bevölkerung möglich...

Die Revolution hat auf diesem Gebiete eine Wandlung gebracht. Die alte blaue Polizei machte sich los...

Militärisch geknünte Kreise wollen den alten Zustand wieder herbeiführen, sie arbeiten mit allen Mitteln daran...

70 000 Köpfe 3000 Oberbeamte sein, ohne die übrigen besonderen Chargen. Dieses Verhältnis sei nötig, da im Falle von Unruhen, besonders im Straßensampfe größere Formationen, als sie bei der Reichswehr vorhanden sind, nicht verwendet werden können, und der Kampf gegen eigene Volksgenossen starke moralische Kräfte voraussetzt, die nur durch reichliche Durchmischung des Polizeikörpers mit Führern wachgehalten und erneuert werden können.

Der Umfang der uniformierten Polizei steht noch nicht fest. Man rechnet mit etwa 90 000—95 000 Mann, wenn die Entente sich nicht noch weitere Tausend abhandeln läßt. Erhalten bleibt uns der Polizeileutnant, von denen sich 800 im Etat befinden, neben 1100 Polizei-Hauptwachmeister. An Polizeioberleutnants verzeichnet der Kostenschlag 675 neben 390 Polizei-Obersekretären. Auch Polizei-Hauptleute, an Zahl 602, bringt uns die neue Reform, während 330 Polizei-Majore sich in Gruppe II des Besoldungsplanes befinden. Als Kommandeure der uniformierten Polizei fungieren 38 Polizei-Oberwachmeister und 20 Polizei-Obersten. Unbeschäftigt sind die zwei Kommandeure, die in einer Sonderklasse untergebracht sind. Sie sind für Berlin und Essen bestimmt, da in diesen Städten die Waffnung der Polizeikräfte eine besonders große ist und im Falle des Ausnahmezustandes gerade Berlin und das Ruhrgebiet als taktische Einheit zusammengefaßt werden müssen.

Zahlreiche Mitglieder der Sicherheitspolizei, wenn nicht alle, sind in der neuen Schupolizei, und diejenigen von ihnen, die in den Kapptagen an Kampfhandlungen beteiligt waren, sollen eine besondere Prämie in Form einer Zulage von 400 M. jährlich erhalten, als Entschädigung dafür, daß ihnen damals in Uebereinstimmung mit dem Reichswehrministerium pro Tag 7 M. Zulage gegeben worden ist. Dem Verdienste seine Krone! war auch unter dem Koste- und Heinelurs Grundlag.

Auf dem Gebiete der Verpflegung werden die Mannschaften besonders behandelt; ihnen wird eine Proportion von 600 Gramm pro Tag zugesichert, also mehr als das Doppelte wie für Zivilisten. Allein für Verpflegungskosten müssen 164,7 Millionen Mark aufgewendet werden, für Bekleidung und Ausrüstung 158 Millionen. Ein besonderes Kapitel bildet die Bewaffnung. Für Waffen-Kampfmittel, Munition, Pioniergerät, Fahrzeuge, Fahrräder, Kraftfahrzeug und Flugzeuge — die Polizei braucht Flugzeuge für den Fall eines Eisenbahnerstreiks — erklärt der Minister, werden insgesamt 225 Millionen angelegt, von denen 60 Millionen im diesjährigen Haushalt stehen. Und da die Schupolizei auch untergebracht werden muß, so werden für Kasernenbauten usw. 181 Millionen benötigt.

Nach ist die neue Reform nicht vollständig durchgeführt, so erscheint wieder die Entente und erhebt drohend den Finger, weil ihrer Ansicht nach die Entmilitarisierung nicht vorwärts gehe. Der Minister des Innern erklärt, ein gutes Gewissen zu haben und mit Ruhe der Zukunft entgegenzusehen. Da kommt der Heussburger Fall, der wiederum den Beweis dafür liefert, daß auch in der neugetauften Polizei der militärische Geist bestimmend ist. Und wer wollte das leugnen? Tatsächlich sind viele Offiziere des alten Heeres in die Sicherheitspolizei eingetreten und in die Schupolizei übergetreten. Sie haben den alten wilhelminischen Geist mitgebracht und sind bestrebt, die ihnen unterstellten Beamten in die Hand zu bekommen. Sie betrachten die Polizeimannschaften wie Soldaten und behandeln sie auch als solche. Es ist bezeichnend, daß kürzlich in einer Zusammenkunft höherer Verwaltungsbeamten ein Oberpräsident erklärt hat, daß weit mehr Offiziere des alten Heeres in der Polizeidienst übertraten müßten, um eine strafbare Disziplin herbeizuführen. Dieser Oberpräsident heißt Koste und ist der Vater des Kapp-Putschs. Er ist und bleibt Konterrevolutionär von reinstem Wasser.

Der jetzige Minister des Innern wendet sich gegen die Militarisierung. Das hilft ihm aber wenig. Die innere Verwaltung Preußens ist von einer wirklichen Reform fast gänzlich unberührt geblieben. Die paar sozialdemokratischen Landräte ändern daran herzlich wenig. Zwischen Anordnungen und Ausführung klafft eine tiefe Kluft. Ueberall sitzen die alten reaktionären Verwaltungsmenschen und regieren nach altem Rezept. Und weil dem so ist, wird eine neue Polizeireform über eine Namensänderung nicht viel hinauskommen. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß die wilhelminischen Offiziere das alte Preußen wiederherstellen wollen. Dieser militärische Geist lebt auch in der neuen Polizeireform und bildet eine große Gefahr für jede freiheitliche Bewegung.

Ernsthafte Reformen müssen sich auf die gesamte Verwaltung Preußens erstrecken und so sein, daß sie auch den Namen verdienen. Solange das Proletariat noch nicht im Besitz der politischen Macht ist und sie ausübt, hieße es die Reaktion stärken, wenn die Arbeiterklasse nicht jetzt schon mit aller Kraft auf eine Umgestaltung dieser Verwaltung hindrängt. Noch bestehen die alten Städteordnungen, die alten Kreis- und Provinzialordnungen, die gesamte Gemeindeverfassung harret der Erledigung. Für die Arbeiterklasse ist es nicht gleichgültig, wie diese Verfassungen ausgestaltet werden. Sie mit freiheitlichem Geist zu durchleuchten, ist eine Aufgabe, die wir heute schon erfüllen müssen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bemüht, in diesem Sinne zu wirken. Der bevorstehende Wahlkampf gibt uns Gelegenheit, auf dem Gebiete der inneren Verwaltung Preußens vorwärtszudringen, ohne unser Endziel aus dem Auge zu lassen. Dieses Vorwärtsdrängen wird um so stärker sein, je mehr die Massen hinter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehen.

Neue indirekte Steuern!

Der Steuerauslaß des Reichstages, der vor der Neujaarspause den Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer nicht erledigen konnte, und ein Notgesetz für schnellere Erhebung des Reichsnotopfers an dessen Stellen setzte, nahm Mittwoch die Beratungen über den Gesetzentwurf wieder auf. Zunächst sollen die Frage über die Annahme von Kriegsanleihen zur Bezahlung des Reichsnotopfers, dann die Grundzüge für die Wertermittlung der landwirtschaftlichen Grundstücke und schließlich die Novelle zum Einkommensteuergesetz als dringlich vorweg beraten werden. Auf Anfrage des Abgeordneten Keil (Soz.) macht Finanzminister Dr. Borchers Mitteilungen über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzämter ausgesprochenen Wünsche. Die Mehraufwendungen, welche den Ländern und Gemeinden aus der reichsgerichtlichen Beamtenaufbesserung erwachsen, sollen vom Reich in Form einer einmaligen Zuwendung geleistet werden. Zuwendungen an die Gemeinden sind aber abhängig von erheblichen Steuerbewilligungen. Ueber neue Steuerprojekte gab der Minister aber keine nähere Auskunft. Neue indirekte Steuern oder Erhöhungen bereits eingeführter seien aber unaussprechlich. Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren werde zunächst vorgelegt, ein solcher zur Erhöhung der Fernspreckgebühren wird folgen. — Schließlich

wurde der Antrag des Unterausschusses, den Paragraphen 45 des Reichsnotopfergesetzes dahin zu erweitern, daß statt des 31. Dezember 1920 die Frist bis zum 31. Januar 1921 verlängert wird, angenommen, desgleichen ein deutschnationaler Antrag, sowie eine Entschließung des Zentrums, die auf eine weitere Erleichterung der Zahlungen durch Kriegsanleihe hinausläuft.

Die Deckung für die Beamtenbesoldung

Der Reichsrat hielt Mittwoch abend eine Sitzung ab. Das Verzeichnis, der auf Reichskosten unterhaltenen Kraftwagen sollte ohne Ausschubberatung durch Kenntnisnahme erledigt werden. Da aber der Preussische Ministerialdirektor Kobis herbeikommt, daß es sich um rund 800 Kraftwagen handele, die noch auf Reichskosten unterhalten werden, wurde auf seinen Antrag die Vorlage dem Staatsauschuß überwiesen. Ueber den Gesetzentwurf betr. eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, der die Neuforderungen für die Beamten enthält, berichtete namens der Ausschüsse Ministerialdirektor Sachs. Als nichterträglich erachteten es die Vertreter der Länder, daß in der Regierungsvorlage von einer Vorlage für den Mehraufwand der Länder und Gemeinden abgesehen sei. Die Ausschüsse haben deshalb folgenden § 3 hinzugefügt: Den Ländern sind an den Erträgen der nach § 2 zu erhebenden oder neu einzuführenden Steuern Anteile zur Bestreitung der Mehrkosten zu gewähren, die ihnen und ihren Gemeinden dadurch erwachsen, daß die Teuerungszuschläge für Beamte und Ruhegehaltsempfänger nach den Grundätzen des § 1 festgesetzt werden usw.

Reichsfinanzminister Wirth: Wir waren in der Regierung von Anfang der Auffassung, daß schon die Unterstützung der Länder aus der Reichskasse auf dem Wege des Etats ein finanzpolitischer Schritt von außerordentlicher Tragweite ist. Wir haben deshalb in der Reichsregierung die Auffassung gehabt, daß es nicht möglich ist, dies gesehlich zu veranlassen, sondern daß wir auf dem Wege des Etats den Ländern beizubringen wollen, deren Koalition wir nicht verlernen. Nachdem ihr Ausschuh einen ähnlichen Beschluß bezüglich der Gemeinden gefaßt hat, wird die Reichsregierung dem Reichstag eine Sondervorlage zugehen lassen, worin der § 3 nicht enthalten ist. Ich verkenne die Koalition der Länder und vieler Gemeinden nicht, aber, zu einem so weitgehenden Schritt für die Gemeinden sich bereit zu erklären, ist von Seiten des Reiches unmöglich und wäre auch durch die Lage sehr vieler Gemeinden fast nicht gerechtfertigt. Die Vorlage wurde nach den Ausschuhbeschlüssen mit dem § 3 einstimmig angenommen.

Beschlüsse der Eisenbahner

Vertrauensvotum für die Verhandlungsleiter — Gegen die Zersplitterung

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns geschrieben: Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der zur Beschlussfassung über das Verhandlungsergebnis in Berlin zusammengetreten ist, hat den in den Sechzehner-Ausschuh entsandten Mitgliedern durch den nachstehenden einstimmig gefaßten Beschluß ein Vertrauensvotum ausgesprochen:

„Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist nach Kenntnisnahme über den Gang der Verhandlungen davon überzeugt, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß seine Vertreter im Sechzehner-Ausschuh ihre Pflicht voll erfüllt und alles aufgeboren haben, um das Beste für die Eisenbahner herauszubekommen. Aus diesem Grunde spricht er diesen Kollegen sein volles Vertrauen aus.“

Eine weitere Entschliessung wendet sich gegen die Zersplitterungsarbeit der Anhänger der in Moskau gebildeten Gewerkschaftsinternationale. Diese Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere anlässlich der jetzt zum Abschluß gekommenen Eisenbahnerbewegung, veranlassen den erweiterten Vorstand, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß die Propaganda für die in Moskau gebildeten Gewerkschaftsinternationale und die Befolgung der von ihrer Leitung empfohlenen Richtlinien mit Naturnotwendigkeit zur gegenseitigen Zersplitterung der Gewerkschaftsmittelglieder, zur Lahmlegung der Aktionsfähigkeit und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaften führen muß. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache steht sich der erweiterte Vorstand veranlaßt, in Anlehnung an den bereits in der Nummer 48 des „Deutschen Eisenbahner“ veröffentlichten Aufruf des Vorstandes zum Ausdruck zu bringen, daß Mitglieder, die eine solche Schwächung und Zerschlagung des Verbandes betreiben, als Schädlinge zu betrachten sind, gegen die der Vorstand mit den statutarisch zulässigen Mitteln vorzugehen hat.“

Der erweiterte Vorstand sieht auf dem Standpunkt, daß der Verband nur dann seine Aufgaben erfüllen kann, wenn er die volle Selbstständigkeit seiner Entschliessungen wagt, für die das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages maßgebend sind. Dementsprechend kommt als Funktionär nur in Betracht, wer seine Tätigkeit in der Gewerkschaft nicht von der Willkür außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht, sondern sich streng auf den Boden der oben festgelegten, von unserem Verbands beschlossenen gewerkschaftlichen Grundätze stellt.“

Die Abstimmung über die vorstehende Entschliessung erfolgt abgesehen, und zwar wurde der erste Abkap gegen vier Stimmen und der zweite einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis bringt klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Drahtzieher der Moskauer Internationale mit ihrer Zersplitterungsarbeit im Deutschen Eisenbahnerverband auf Granit stoßen.

Hauptauschuß

Besprechungen über das Siedlungswesen

Im Hauptauschuß des Reichstages wurden gestern die Besprechungen fortgesetzt. Es wurde in der Hauptsache das Siedlungswesen besprochen.

Hoch (Sozialdem.) kritisiert die Organisation des Siedlungswezens. Der Reichsrat habe die Mission, die der Reichstag für Siedlungszwecke eingelegt hat, ohne Gründe abgelehnt. Zwischen Reichsrat und Reichstag bestehe ein unerträgliches Verhältnis. Er stelle den Antrag, 60 000 Mark für Organisation des Erfahrungsaustausches in Siedlungszwecken einzustellen. Einzelnen Genossenschaften dürfe kein Geld zugewiesen werden.

Dr. Böhm (Dem.): Das Reichsbedingungsgeß ist in den einzelnen Bundesstaaten nicht erst durchgeführt. Die preussische Handhabung ist gesehlich. In Braunschweig entscheidet man sogar schon bei 15 Morgen, was dem Reichsbedingungsgeß widerspricht.

Klödner (Z.): Das Tempo des Baues an Bergarbeiterswohnungen genügt nicht. 1919 waren es 3000, im laufenden Jahre sollen 6000 gebaut werden. Im Frieden sind bereits 8000 Wohnungen gebaut worden. Klödner tritt für Erhöhung des Kohlenausfalls von 6 Mt. auf 12 Mt. pro Tonne ein. Dadurch würden mehr Mittel für Wohnungsbau fließen. Rumm (Dtn.) verlangt gleichfalls beschleunigten Wohnungsbau. Er greift den preussischen Minister an wegen mangelnder Unterstützung der Landgesellschaften und verlangt eine Neuorganisation der öffentlichen Lasten.

Preussischer Minister Braun: Die preussischen Anordnungen widersprechen nicht der Reichsbedingungsordnung. Die Güterverhältnisse sind nicht der Zweck der Reichsbedingungsordnung, sondern vielmehr die Schaffung von Kleinwohnungen. Er verlangt, daß parteipolitische Gesichtspunkte ausgeklammert werden. Gegenüber dem Abg. Rumm behauptet er, daß der Finanzminister die Erhöhung des Stammkapitals der Siedlungen abgelehnt hat.

Reichsarbeitsminister Brauns: Es ist anzugeben, daß die Bauaktivität im Ruhrgebiet nicht genügend lebhaft war. Das lag an der mangelnden Organisation, die jetzt besser ist. Die Erhöhung des Kohlenausfalls ist unnötig, da mit dem bisherigen Zuschlag von 37 Millionen Mark schon 10 000 Wohnungen hergestellt werden können. Es fehle also nicht an Geld, sondern an Material. Für den Erwerbbaubau ist kein Zuschlag möglich.

Leopold (Dtn.): Im Mitteldeutschen Braunkohlenbecken sind nur 1100 Wohnungen gebaut worden bei einer Vermehrung von 70 000 Mann der Belegschaften. Ein Zehntel der Belegschaften ist auf Eisenbahnfahrten, 1/4 auf Paradenwohnungen angewiesen. Löwenstein (U. S. P.) weist auf Mißstände in der Niederlausitz hin. Er verlangt die Ausnutzung einer Bahn, die von Kirchhain und den umliegenden Dörfern nach den Tischen führt, damit die Arbeiter nicht 2 Stunden zu ihrer Arbeit zu laufen haben. Auch die ehemaligen Militärdörfer, z. B. Lehensdorf, sind nicht ausgenutzt, trotz meiner Anfrage an die Reichsregierung.

Erkelenz (Dem.): Es müssen jährlich mindestens 50 000 Siedlerstellen geschaffen werden. — Dann wird nach das reaktionäre Treiben einiger Referenten im Reichsarbeitsministerium gegen den preussischen Minister Braun erörtert.

Waffenschiebungen in Thüringen

Die Kommunisten beliefern die Konterrevolution

Vor einigen Tagen wurde aus Erfurt gemeldet, daß man in Thüringen großen Waffenschiebungen auf die Spur gekommen sei. Im Anschluß daran wurde von verschiedenen Verhaftungen berichtet. Ueber den Umfang der Schiebungen und die in Betracht kommenden Täter schwiegen sich die Behörden aus. Sie wollten anscheinend die feudale Gesellschaft, die die Schiebungen zu konterrevolutionären Zwecken vorgenommen hatte, nicht bloßstellen. Jetzt ist der „Vorwärts“ in der Lage, einiges Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen. Es steht folgendes fest:

Der verhaftete Waffenmeister Keil lernte in Erfurt den Hauptmann von Frankenberg kennen, der ihn beauftragte, 200 Dirschbüchsen und 125 000 Patronen mit Stahlmantelgeschossen zu beschaffen. Später wurde die Bestellung auf 500 Gewehre erhöht. Mit der Herstellung der Waffen wurde die Fabrik Kirchner in Jella (Thür.) beauftragt. Von der bestellten Munition waren 90 000 Patronen durch die Firma Gustav Genschow u. Co. in Durlach (Baden) bereits geliefert und bei der Firma Haupt-Erfurt eingelagert worden. Keil wurde dann bei dem Abschluß eines Schiebergeschäfts mit der Reichs-Treuhandgesellschaft, die für Frankenberg 20 000 Gewehrteile und 100 000 Patronen geliefert hatte, abgefaßt.

Hauptmann von Frankenberg hat seinen Wohnsitz in Erfurt. Als die Waffenschiebungen bekannt wurden, zog es der tapigere Hauptmann vor, auszureißen. Aus den in seiner Wohnung gefundenen Papieren ging hervor, daß Frankenberg außer den Gewehren und der Munition noch folgende militärische Ausrüstungsgegenstände beschaffen sollte: 5000 Militär-Kochgeschirre, 5000 Brotbeutel, 2000 Feldmäntel, 15 große Feldflaschen, 1 komplette Grafsunkation, 100 000 Meter Feldfabel, 15 komplette Fernsprekstationen, 3 Mindergeräte, 3 Sanitätswagen, Sanitätsmaterial für 3000 Mann, 4 Fernsprekvermittlungskabinen u. a. m. Für jeden Posten waren Decknamen gewählt, um die Schiebung zu verschleiern.

Hauptmann von Frankenberg gehörte bis zum Herbst 1920 der sächsischen Sicherheitspolizei an. Die bei ihm beschlagnahmten Papiere ergaben, daß die zur Bestellung gegebenen Waffen- und Ausrüstungsgegenstände an Offiziere und Rittergutsbesitzer in Thüringen verschoben werden sollten. Ein besonderer Beteiligungspian war festgelegt. Der „Vorwärts“ führt im ganzen 30 Personen an, die mit Waffen beliefert werden sollten oder schon beliefert worden sind. Auch die Technische Rathilfe (11) in Erfurt tritt als Empfänger auf.

Beschämend ist die Tatsache, daß die Waffen für die Konterrevolution in einem Gebiet angefertigt werden, wo die Kommunisten die Oberhand in den Betrieben haben. Dauern sollten die Kommunisten nach Kontrolle der Produktion und trotzdem sind sie nicht einmal in der Lage, die Herstellung von Waffen zu verweigern, die eines Tages gegen die Arbeiter gerichtet werden. Als im vorigen Jahre die Waffenschiebungen für Polen im Gange waren, erlebten wir hier in Berlin das gleiche Schauspiel. In der Wittnauer Waffenfabrik waren es gerade die kommunistischen Arbeiter, die sich weigerten, die Waffenproduktion einzustellen.

Hier ist nun wieder ein Beweis dafür erbracht, daß die Kommunisten es wohl verstehen, Lärm zu machen und andere, die ihren Parolen nicht folgen wollen, mit Schmutz zu besudeln, daß sie aber unfähig sind, irgendeine praktische Maßnahme durchzuführen, selbst dann nicht, wenn es sich um die Verhinderung der Herstellung von Waffen für die Konterrevolution handelt!

Eine schauderhafte Entdeckung!

II. Dortmund, 19. Januar.

Auf Grund von Anzeigen über die Bildung bewaffneter Organisationen der kommunistischen Partei wurden im Auftrag der Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen bei den als Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen bei Dortmund vorgenommen. Erdrückendes Material über das Bestehen einer roten Armee wurde gefunden. Verschiedene Festnahmen sind erfolgt.

Das erdrückende Material wird aus Spießerbüchsen bestehen, die auf Befehl angefertigt worden sind, um bei der Entente Eindruck zu schinden, damit sie dem Wunsch der Reichsregierung gemäß nicht auf die Entwaffnung der Einwohner wehren bestünde!

Der Anschlaggedanke. Im Tiroler Landtag brachten die Abgeordneten Grell und Genossen einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich wegen der Abstimmung über den Anschlag Oesterreichs an Deutschland sofort mit der Bundesregierung ins Einvernehmen zu setzen und die Volkstimmung im eigenen Wirkungsbereich am 27. Februar 1921 durchzuführen, falls die Bundesregierung nicht einem früheren Tag bestimmen oder für die Abstimmung nicht den ersten Sonntag im März 1921 schließen sollte.

Gegen die Kommunisten

Ausschlüsse im Bauarbeiterverband

Auch die Eisenbahner wehren sich, wie wir an anderer Stelle mitteilen, durch einen Beschluß, der den in der Moskauer Frage gefassten Beschlüssen der Bergarbeiter und Metallarbeiter fast wörtlich gleichlautet, gegen die von der kommunistischen Propaganda drohenden Gefahren für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Die Beschlüsse heben übereinstimmend hervor, daß sie sich mit ihrer ganzen Schärfe wenden werden gegen Mitglieder, die ihre Tätigkeit in der Gewerkschaft abhängig machen von Beisungen, die sie von Personen oder Stellen empfangen, die außerhalb des Verbandes stehen. Der Zusammenhang zwischen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale und der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften ist so offenkundig, daß diese Wendung vollkommen berechtigt ist. Es ist in der Tat etwas anderes, ob jemand innerhalb einer Organisation für eine geistige Idee, sei es eine solche politischer oder kultureller Art, Propaganda macht, oder ob er an einer von außen geleiteten und finanzierten Sonderbewegung innerhalb der Gesamtorganisation Anteil hat, die durch organisatorische Maßnahmen auf die Zusammenfassung aller Genossenschaftsgenossen zum gemeinsamen Kampf gegen die gesamte Tendenz und Führung der Gewerkschaften abzielt. Durch ihre ganze Art, wie die Kommunisten ihre Propaganda betreiben, haben sie diese einmütige Abwehrbewegung der Gewerkschaftsleitungen heraufbeschworen. Der Eindruck, daß sich die kommunistischen Sonderbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften zu einer Gefahr für die Bewegung zu entwickeln drohen, wird dadurch gesteigert, daß die Moskauer Internationale offenkundigen Abspaltungen von den Gewerkschaften ihre Sanktion bereits dadurch erteilt hat, daß sie den syndikalistischen Arbeiterunions Aufnahme gewährt.

Soweit diese Beschlüsse als Warnungen und als Merkmale des entschlossenen Widerstandes der Gewerkschaften gegen die Zerplitterungsgefahren aufzufassen sind, sind sie aus dem Bestreben erklärlich, die Einheit der Organisation unter allen Umständen zu erhalten. Gerade wir haben in dem Augenblick, als die Moskauer Beschlüsse in unserer Partei einsetzten, auf die Konsequenzen der internationalen kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften aufmerksam gemacht und eindringlich vor dem Betreten dieses verderblichen Weges gewarnt. Dennoch möchten wir jetzt die Verbandsleitungen darauf aufmerksam machen, daß allzu große Schärfe in ihren Maßnahmen die Gefahr nicht zu mildern, sondern zu steigern imstande sind.

Die Verbandsleitungen haben gegen die Führer des kommunistischen Treibens die Waffe des Ausschlusses in ihrer Hand. Diese ungewöhnlich scharfe und schwerwiegende Waffe kann, ungeachtet oder im unrichtigen Augenblick angewandt, sich sehr leicht gegen die Verbandsleitungen selber kehren, und gerade den Schaden stiften, der verhütet werden soll. Außerdem möchten wir darauf aufmerksam machen, daß der Ausschluß aus einer Gewerkschaft heute die betroffenen Arbeiter in hohem Maße wirtschaftlich schädigen kann. Wir erinnern daran, daß das Arbeitsverhältnis immer mehr durch den kollektiven Arbeitsvertrag geregelt wird, und daß die neuere Entwicklung des Tarifwesens den Arbeiter förmlich zwingt, einer Gewerkschaft anzugehören, wenn er der Vorteile der im Tarif festgelegten Arbeitsbedingungen teilhaftig werden will. Den Antrag, Träger allgemein anerkannter Tarifverträge zu sein, können die Gewerkschaften nur dann erheben, wenn allen Arbeitern ihre Tore offen stehen.

Darauf sollten die Verbandsleitungen in der sorgfältigsten Weise Rücksicht nehmen, und darum erscheint uns der Ausschlüsse, den jetzt der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes gegen Hecker und Brandarbeiter und gleichzeitig gegen den Vorsitzenden des Chemiker Ortsvereins Otto Bachmann geschleudert hat, als ein Fehler. Die „Rote Fahne“ ist in der Lage, den Brief zu veröffentlichen, der diesen Ausschluß mitteilt. Als Grund für den Ausschluß wird die Einderung einer Konferenz von Verbandsmitgliedern nach Halle zur Gründung einer Reichsfraktion von Mitgliedern der kommunistischen Partei innerhalb des Verbandes angegeben. Uns erscheint die Zusammenberufung solcher Konferenzen nicht als genügender Grund für einen solchen Ausschluß, und wir möchten an Vaeplov, der den Brief des Verbandsvorstandes mit unterzeichnet hat, die Frage richten, was er dazu sagen würde, gegen die Parteigenossen Vaeplov einleiten würde. Es ist bekannt, daß sie ganz ungeniert „inspirieren“, um diesen Ausdruck zu gebrauchen. Die rechtssozialistischen Mitglieder des erweiterten Beirates des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben darum auch von ihrem Standpunkt aus vollkommen konsequent gehandelt, als sie im Beirat gegen den auf die Moskauer Treiberzettel bezüglichen Beschluß gestimmt haben.

Auf keinen Fall zu billigen sind aber die folgenden Sätze in Vaeplov's Brief:

„Es ist uns bekannt, daß auch andere Mitglieder (nämlich Halle) des hiesigen Beiratsvorsandes der kommunistischen Partei angehören, und daß der gesamte Beiratsvorstand Unternehmungen Sachmanns gestützt hat, die gegen das allgemeine Wohl des Verbandes verkehren. Immerhin wollen wir zunächst hoffen, daß sich der Beiratsvorstand diesmal nicht mit Sachmann solidarisch erklärt. Sollte er es dennoch tun, so würde auch er den Ausschluß zu gewärtigen haben, wenn er es nicht vorzieht, vorher aus dem Beiratsvorstand auszutreten. Wir werden selbst vor einer Auflösung und Neugründung des Beirats nicht zurückweichen, um den verbrecherischen Unfug, den Verband durch kommunistische oder andere Sonderorganisationen zu ruinieren, niederzuschlagen.“

Das sind Drohungen im Feldweibelton, die man nicht ausspricht, wenn man nicht in den Verdacht geraten will, daß man selbst nicht vor einer Zerstörung der Organisations-einheit zurückweicht. Dieses Beispiel zeigt, daß die äußerste Maßnahme der Verbandsleitungen die Voraussetzung ist für ein fruchtbares Wirken ihrer warnenden Beschlüsse. Und zu dieser äußersten Maßnahme möchten wir dringend raten, gerade weil wir noch einmal betonen wollen, wie es waren, die mit außerordentlicher Schärfe auf die schädlichen Wirkungen des kommunistischen Treibens aufmerksam gemacht haben. Maßnahmen gegen kommunistische Mitglieder der Gewerkschaften sollten nur erfolgen auf Grund von Handlungen, die auf die Zerplitterung der Organisation gerichtet sind, niemals auf Grund eines Verdachts.

Der Arbeitsplan des Reichstages. Der Beiratsrat des Reichstages einigte sich über die Geschäftsverteilung dahin, daß am Donnerstag die unabhängige Interpretation über die Anbahnung

Der italienische Parteitag

Stetige Auseinandersetzungen

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

B. Livorno, 15. Januar.

Erster Verhandlungstag

Heute wurde in Livorno der 17. Nationalkongress der italienischen sozialistischen Partei begonnen. Während die Partei bei ihrem letzten, im Herbst 1919 in Bologna abgehaltenen Kongress im ganzen 1891 Sektionen mit 81 469 Mitgliedern umfaßte, registriert sie heute 4367 Sektionen mit 218 327 Mitgliedern. Dieser gewaltige Siegeszug hat der italienischen Partei zu einer fast ungeahnten politischen Bedeutung verholfen, die sich äußerlich schon dadurch ausdrückt, daß die Partei heute 150 Abgeordnete gegen 47 zur Zeit des Kongresses von Bologna besitzt, während sie gleichzeitig die Zahl der in Händen der Partei befindlichen Gemeinden von 350 auf 2220 erhöht hat.

Es ist darum verständlich, daß dem Kongress von Livorno das augenblickliche Interesse nicht nur des proletarischen, sondern auch des bürgerlichen Italiens zugewendet ist. Dieses wird noch gesteigert, weil auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung die italienische sozialistische Partei von der gewaltigsten aller bisherigen Krisen erschüttert ist, die sie gleichzeitig in mehrere Teile zu zerreißen droht. Nicht weniger als sechs Fraktionen stehen miteinander im Ringen, und von diesen Fraktionen selbst weiß fast jede wieder mehrere Tendenzen auf. Gemeinsam ist allen diesen Tendenzen der Wille zur Fortsetzung der Zugehörigkeit zur dritten Internationale, nur knüpft jede mehr oder weniger konkretisierte Bedingungen daran. Als stärkste Fraktion erscheint die vom Genossen Serrati geführte.

Gegenüber dem Kongress von Tours hebt sich der Kongress von Livorno auch äußerlich schon wesentlich ab. War jener in einer kleinen, kaum den 3000 Vertretern Raum bietenden Halle primitiv untergebracht, so tagt der italienische Kongress in einem prachtvollen Theater, das nicht nur die erschienenen 3000 Delegierten leicht faßt, sondern auch eine bequeme Unterbringung der etwa 150 Pressevertreter gestattet.

Den Vortraum schmücken die Bilder von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Jean Jaures und Andrej Gorka, während über dem Eingang das Bild Lenins angebracht ist. Der geräumige Theateraal ist sinnvoll mit frischen Guirlanden und roten Blumen ausgeschmückt. Ueber der Vorstandstribüne hängt ein gewaltiges, von roten Blumen eingefasstes Bild von Karl Marx, dessen Augen den ganzen Kongressaal zu durchdringen scheinen.

Die Delegierten sind im Parkett und in den vier in lauter kleine Logen geteilten Rängen untergebracht. Damit ist die räumliche Bewegungsfreiheit der Delegierten etwas eingeschränkt, was in Anbetracht der Wichtigkeit der Italiener vielleicht nicht ganz ohne Wert ist, denn es zwingt sie, ihre Erregungsausdrücke wenigstens auf das Wort und die beliebigen Gesticulationen zu beschränken.

Aber die Abweichung von dem französischen Kongress in Tours beschränkt sich nicht nur auf diese Neuheit. Gleich zu Beginn des Kongresses schon plagen die verschiedenen Tendenzen mit aller Macht aufeinander und verhindern so Kundenlang die Aufnahme der Verhandlungen.

Schon die Begrüßungsansprache des Genossen Bacci führt zu stürmischen Unterbrechungen. Es erschallen Hochrufe auf Rußland und Schmährufe auf die Sozialdemokraten. Diese Begrüßungsansprache deutet schon klar auf die bevorstehende Spaltung hin. „Was auch kommen wird“, schließt Bacci, „immer werden wir stolzerfüllt sein können über das, was die sozialistische Partei Italiens war und was sie sein wird.“

Die Vorschläge des Direktoriums über die Zusammenlegung von Bureau und Kommissionen, die eine gleichmäßige Verteilung aller Fraktionen vorsehen, werden ohne Widerspruch angenommen. Hierauf erhält zu einer Begrüßungsansprache Genosse Mondolisi, Bürgermeister von Livorno, über dem seit den letzten Gemeindevahlen ebenfalls die rote Fahne fliegend weht, das Wort. Er wird von minutenlangem Beifall des ganzen Hauses brausend begrüßt. Rufe ertönen: „Es lebe das rote Livorno! Es lebe das sozialistische Livorno!“ Mondolisi bezieht die Delegierten im Namen der Stadt herzlich willkommen und wünscht den Arbeiten des Kongresses einen guten Verlauf. Gegenüber der drohenden Zerreißung der bis jetzt in ihren Handlungen so geschlossenen und einigen Partei kann er seinen eigenen und persönlichen Wunsch nicht unterdrücken, eine von Turati bis Bombacci reichende Partei zu erhalten.

Dann teilt der Sekretär Gennari mit, daß dem Kongress Delegierte verschiedener ausländischer Parteien beizuwohnen. Das Direktorium habe einmütig beschlossen, nur solchen Vertretern das Wort zu gestatten, deren Parteien der dritten Internationale angeschlossen sind. Es seien aber auch Vertreter anderer Parteien anwesend. Dies ist ein schreckliches Kabarett bei der extremen Linken aus, und von der Loge, in welcher sich die extremistischen Führer befinden, wird die Ausschleutung des anwesenden Genossen Wilhelm Dittmann verlangt. Dieser lärm legt sich erst, als Gennari mitteilt, daß den Vertretern der kommunistischen Internationale nicht angeschlossenen Parteien nur eine eventuelle Erklärung gestattet sei, daß sie im übrigen dem Kongress als Zuhörer beizuwohnen.

Alsdann erhält zu einer Begrüßungsansprache der Vertreter der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Dr. Paul Levi, das Wort. Sein Erscheinen führt zu einem Mißver-

der Beziehungen zu Rußland zur Verhandlung gestellt und dann in die Beratung des Etats eingetreten werden soll. In der nächsten Woche soll dann die Beratung der Interpellation betreffend die Lage in Oberschlesien eingeschoben werden. Mit Rücksicht auf die Wahlen zur preussischen Landesversammlung werden die Beratungen des Reichstages vom 4. bis 22. Februar ausgesetzt.

Schießt sie nieder!

Herr Lebius, der Herausgeber der „Staatsbürgerzeitung“, richtete vor einigen Wochen an seine deutschen Mitbürger die Aufforderung, die Männer des Bundes neues Vaterland, einer pazifistischen Organisation, niederzuschießen. Dieser Aufforderung ist zum großen Leidwesen des ehrenwerten Herrn Lebius bisher noch keine Folge geleistet worden; er wiederholt sie deshalb in der neuesten Nummer seines Blattes noch einmal:

„Ich rufe deshalb erneut und abermals meine deutschen Mitbürger auf, diese Salunken und Verbrecher niederzuschießen, wo sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Zeiten des seligen Goldschmiedens sind vorüber!“

Herr Lebius behauptet, die Ermordung der pazifistischen Führer sei notwendig zur Verteidigung der Republik. Es würde sich kein Staatsanwalt finden, der gegen die Aufforderung zum Mord etwas einzuwenden habe. Herr Lebius hat damit nicht ganz unrecht, denn nachdem der Mörder Vogel außer Verfolgung gesetzt worden ist, weil er „politischen Motiven“ gehandelt hat, wird es Herrn Lebius nicht schwer fallen, den Mächten des Gesetzes zu entschuldigen, wenn es lediglich die Aufforderung zum Mord an die Mitwelt ergoßen läßt. Der Staatsanwalt wird ihn sicher nicht stören, auch dann nicht, wenn Lebius wiederholter Anweisung eine Belohnung aussetzt. Im Falle des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht konnte das ja auch ungestraft geschehen!

ständnis. Die Linke hält ihn für einen Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei und will ihn nicht anheben. Erst nach einer Aufklärung durch Gennari kann Levi seine Ansprüche begründen. Er erinnert daran, daß es genau zwei Jahre sind, daß Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Deutschland ermordet wurden. Aus jenem Ereignis könne der Kongress in seiner entscheidenden Stunde eine große Lehre ziehen: die Notwendigkeit, daß das Proletariat sich einigt im Kampfe gegen seine Feinde. Aber es gebe auch Momente in der Entwicklung der proletarischen Parteien, wo es heißt: es muß geschieden sein. Levi fordert auf, daß auch das italienische Proletariat sich die Organisation schaffe, die es zum Siege führen kann. Er schließt mit einem Hoch auf den Kommunismus und die Weltrevolution.

Hierauf wird das Telegramm verlesen, in welchem sich Moskau besonders scharf gegen die Anstrengungen des Genossen Serrati wendet. Es kommt zu erregten Zwischenfällen. Die in den Logen untergebrachten Delegierten beschimpfen sich gegenseitig unter lebhaften Gesticulationen. Nur ihre Absonderung in die durch Wände abgetheilten Logen scheint zu verhindern, daß der Streit in ein Handgemenge ausartet.

Die äußerste Linke schlägt hierauf eine Umstellung der Tagesordnung vor, daß zunächst die Frage der Internationale entschieden wird. Lazzari, mit großem Beifall begrüßt, tritt dem entgegen und regt an, daß von dem Kongress zum mindesten erst ein Bericht der nach Moskau delegierten gewählten Genossen entgegengenommen werde. In der Abstimmung geht der Antrag der äußersten Linken mit schwacher Mehrheit durch, worauf als erster Redner Grazia dei das Wort erhält.

Grazia dei steht zwischen der Fraktion Serrati und der äußersten Linken. Er spricht aber ganz im Sinne der Extremisten und verteidigt den Terror. Von allen zur Frage der Internationale vorkommenden Anträgen seien nur zwei aufrichtig. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, welche an die Bedingungen keine Vorbehalte knüpft, und der Antrag Balderi, der erklärt, dies nicht annehmen zu können. Welches sind die Motive für die Annahme oder Nichtannahme der Moskauer Bedingungen? Balderi sagt: Wir können sie nicht annehmen, weil wir die Autonomie für die Partei behalten wollen. Das erklären auch Serrati und seine Freunde. Tatsächlich werde die Autonomie von der dritten Internationale auch zugestanden. Freilich in einem anderen Sinne, als Barotano diese auslege und verlange. Der Kongress von Moskau stelle die Autonomie der Partei unter die Kontrolle des Exekutivkomitees der dritten Internationale. Das bilde gerade eine der grundlegenden Forderungen der Internationale, und wer diese nicht anerkenne, schließe sich selbst von der dritten Internationale aus. Als der Redner in diesem Zusammenhang den Kongress von Tours erwähnt und von der französischen Linke spricht, werden ihm die Namen Cahin und Frossard entgegengehalten, worauf Grazia dei erklärt, daß wenn immer er von der französischen Linke spreche, er Cahin und Frossard ausnehme. Das ist zwar für die französischen Revolutionen wenig schmeichelhaft, aber es zeigt, wie die italienischen Extremisten bewerten. Grazia dei weist dann den Vorwurf des Spaltungswillens zurück und erklärt, daß seine Bewegung etwas vermag, wenn sie nicht mit einem seitlichen internationalen Stamm verwachsen ist. Disziplin sei nur eine höhere Form der Freiheit. Der Kongress von Bologna habe im September 1919 den Anschlag an die dritte Internationale gutgeheißen. Die Theorien des zweiten Kongresses von Moskau seien nichts anderes als die Fortentwicklung der auf dem ersten Kongress gefassten Beschlüsse. Die Partei könne also den Theorien des zweiten Kongresses die Zustimmung nicht verweigern, ohne ihren früheren Beschluß zu verweigern.

Mit einem Hoch auf die dritte Internationale und den Kommunismus schließt Grazia dei. Hierauf findet Vertagung auf Sonntag vormittag 9 Uhr statt.

Livorno, 18. Januar.

Die Vormittags Sitzung des Sozialistenkongresses wurde vielfach durch den heftigen Meinungsaustrausch zwischen Kommunisten und einem Vertreter des Gewerkschaftsverbandes gestört, die sich gegenseitig beschimpften. In der Nachmittags Sitzung nahm der Kongress eine Entschließung zugunsten der ungarischen Kommunisten an, deren Auslieferung von der ungarischen Regierung gefordert wird. Darauf nahm Bacicca heftig gegen diejenige Stellung, die die Anwendung von Gewalt predigen, und wies darauf hin, daß die Zwischenfälle von Bologna bemerken, daß die Staatsorgane noch sehr stark seien. Er erklärt, daß die sozialistischen Gemalten auf die Partei selbst zurückzuführen. Seine Ausführungen riefen so lebhaften Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wüsten Lärm. Stellenweise wurde man handgemein. Der Anhänger der dritten Internationale Bombacci zog einen Revolver und zielte auf Bacicca. Andere Kongreßteilnehmer warfen sich auf Bombacci und drängten ihn aus dem Saal. Nachdem sich der Lärm etwas gelegt hatte, gelang es Bacicca, weiter zu sprechen. Doch wurde er noch fortgesetzt unterbrochen.

Wir müssen die Gewähr für die Wichtigkeit der vorstehenden Meldung dem B.T.B. überlassen. Nach dem Bericht über den ersten Verhandlungstag, den wir obenstehend wiedergeben, scheinen allerdings die Gemüter durch die unglückliche Spaltungspolitik der Moskauer Internationale derartig erregt zu sein, daß derartige Vorfälle immerhin möglich sein könnten.

Strefemann will das Schwert ziehen!

In den letzten Tagen ist bei Hoffbier und Notwein von den nationalistischen Bramabaisuren wieder außerordentlich viel geredet worden. Natürlich war auch Strefemann dabei. Gelegentlich eines Festaktes, der in Erinnerung an die Reichsgründung veranstaltet wurde, erklärte er, die deutsche Macht sei zwar gebrochen, aber es bliebe der deutsche Idealismus und die Hoffnung auf das neue deutsche Schwert. Auch für ein neues Kaiserium trat er ein.

Wenn sich die Nationalisten auf Strefemann stützen könnten, sobald die „neuen Schwert“ gezogen werden, dann werden sie den guten Mann lange suchen müssen. Strefemann hat es nämlich schon im Kriege vorgezogen, zu Hause zu bleiben, obwohl er, A. v. War. Er wird dieses lobenswerte Verhalten auch in Zukunft nicht abstreifen.

Wilhelm Förster

Gestern früh ist, neunzigjährig, Professor Wilhelm Förster gestorben. Förster war ein bedeutender Astronom, der von 1866 bis 1904 Direktor der Sternwarte gewesen ist. Er war außerdem ein aufrichtiger Charakter, dem alles Streben, zum ein Greuel war, dessen Streben dem Ziel galt, Wissen und Kunst zum Besten der arbeitenden Klassen zu machen. Sie mit der Ehre der Solidarität zu erfüllen. In diesem Sinne gründete er mit Giggli und Tönnies die Gesellschaft für biblische Kultur und die Urania. Darüber hinaus war er ein Förderer aller Bildungsbestrebungen und des Bibliothekswesens. Er hatte den Militarismus, und der Krieg schloß sich ihm mit Tönnies und Entlochen. Er war, wie auch sein ältester Sohn, Friedrich Wilhelm Förster, überzeugter Pazifist. Ein aufrichtiger Freund der Arbeiterklasse ist mit ihm dahingegangen.

Inventur-Ausverkauf

und andere außergewöhnliche Gelegenheitsangebote

Nur noch Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Musselin 12⁹⁰
bedruckt, hübsche Muster ... Meter

Blusenstoffe 22⁵⁰
gestreift, hübsche Muster ... Meter

Schotten 23⁵⁰
doppeltbreit, für Blusen u. Kleider ... Meter

Satin 24⁵⁰
seidenglänzend, für Tisch gemustert ... Meter

Popeline 29⁵⁰
mit kunstbeidnem Durchzug Meter

Block-Karos 39⁵⁰
verschiedene Stellungen, doppeltbreit ... Meter

Kniebeinkleid Renforce mit Languetten..... 29⁷⁵

Kniebeinkleid Renforce mit Stickerelansatz... 33⁵⁰

Damenhemd Renforce mit Stickerelgarnierung... 39⁵⁰

Unterrock aus gutem Wäschestoff mit breitem Stickerel-Volant... 46⁵⁰

Nachthemden für Damen, aus prima Renforce mit reicher Stickerelgarnierung... 87⁵⁰

Renforce ca. 80 cm breit..... Meter 12⁹⁰

Madapolam elegante Qualität..... Meter 16⁷⁵

Louisiana Kopfkissenbrette..... Meter 16⁸⁰

Bettzeug gebüchelt..... Meter 16⁸⁰

Molton gebüchelt..... Meter 19³⁰

Herrenhosenträger starkes Guriband mit auswechselbaren Teilen 7⁵⁰

Herrenhosenträger starkes Gummiband mit Lederverarbeitung 9⁵⁰

Damenhandschuhe 6⁹⁵
Trikot, farbig, 2 Druckknöpfe.....

Damenhandschuhe 8⁹⁵
Trikot oder imitiert Wildleder, farbig, 2 Druckknöpfe.....

Damenstrümpfe 7⁹⁵
lang, schwarz.....

Damenstrümpfe 14⁹⁵
lang, schwarz, kräftig: Qualität, mit verstärkter Ferse und Spitze.....

Damenstrümpfe 19⁷⁵
Flor, feinfädig, breiter Doppelrand, Doppelrolle u. Ferse, schwarz, farbig

Herrensocken 7⁹⁵
graumeliert, Fuß ohne Naht.....

Kaffee frisch gebrannt
1/2 Pfd. 11.- 12.-

JANDORF

Beile-Alliance-Str.
Gr. Frankfurter Str.
Brunnens-Strasse
Kottbuser Damm
Wilmsdorfer Str.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: Kabale u. Liebe
Neues Volksstheater
Rüppischer Str. 68
7 1/2 Uhr: Pension Schöner

Staatstheater
Opernhaus
6 Uhr: Die Gezeichneten
Schauspielhaus
7 Uhr: Die Sterne

Deutsches Theater
7 Uhr: Romeo und Julia
Kammerspiele
8 Uhr: Stella
Großes Schauspielhaus
Kastellanstr.
7 Uhr: Morian Oger
(10. Abstellung, 3. Abend)

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Rees
Wochenblatt 7 1/2 Uhr:
Bu-Schlucht
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Obersteiger

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Carl Clewing in
Kammermusik
Freitag, den 21. Januar, 7 Uhr:
Am J. Meir:
Das Wundermittel
Komödie von Ludwig 9. 1814

Reifend-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
Hendel, Cambrach, Telle, Ravi,
Paul Dito, Hometok
Sonabend 4 Uhr, kleine Preise:
Wochenblatt

10. am Hollendorflplatz
H. Röhren u. Heilbrunn
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...
Eig. nachm. Der Zugbaren.

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Johannisfeuer

Casino-Theater
Der Schritt einer Frau
Eig. v. H. Eine ideale Ehe

Folies Caprice
am Dramenburger Tor
Der Doppelgänger
Der schlaue Theophrast
Pfeifer und Salt

Königshof-Theater
Alexandersstr. 21. Hof, Janowitz
Täglich 7.30 Uhr:
Gala-Sänger

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Tägl. Gr. Ball
f. d. ältere Jugend
Für Kundliche
Dienst: Orchester-Orchesterng
Sonntags: Prämierung
Anfang 6 Uhr

Brachthale Alt-Berlin
Blumenstr. 10, Kino-Platz
Gr. Ball
für die
moderne jüngere Jugend
Dienst: Orchester-Orchesterng
Sonntags: Prämierung
Anfang 7 Uhr

Die 730
VARIETE-BÜHNE

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille, kauft jedes Patent
Elektrobüro, Grüner Weg 100.

NEUE WELT
Arnold Scholz & Hasenheide 108-114

Heute
Donnerstag, den 20. Januar 1921

bayr. Bierfest

Prämierung

Drei bare Geldpreise 300.-, 200.-, 100.- Mk.
Anmeldungen bis 9 1/2 Uhr an der Kasse

Anfang 6 Uhr 6 Rapellen 30 bayr. Maß

Theater i. d.
Königgräzer Str.

Mittwoch, den 26. Januar, 7 Uhr:
Zum ersten Male:

Zekaterina
Zwanowna

Drama in 4 Akten von Leonid Andreeff
Soubrette: Marie Böckel, Paul Bildt,
Ernst Derenburg, Ernst Prödel, R. G. Römer,
Margarete Schlegel / Regie: Ewald Gade

**Zur bevorstehenden
Landtagswahl**

erscheinen soden:

Die
Verfassung des Freistaates Preußen
Preis 2.00 Mark

Wahlgesetz zum Preussischen Landtag,
Provinzial-Landtags- und
Kreis-Landtags-Wahlgesetz
Preis 2.50 Mark

Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Spezial-Arzt Dr. Skotte für alle Geschlechts-
krankheiten, Haut-, Frauenleiden,
berühmte Ausfälle, Ausschlag, Nervenleiden, Syphilis-
Krankheiten in allen u. vererbten Fällen durch Blutreinigung,
Komb. von Silber-Quecksilber-Kuren. Separates Damenzimmer.
In Alteson Platz
Sohnstr. 9
9-11 Uhr, 1-3 Uhr, 5-7 Uhr

Spezial-Arzt Dr. Jalla für Geschlechts-
krankheiten, Haut-, Frauenleiden,
berühmte Ausfälle, Ausschlag, Nervenleiden, Syphilis-
Krankheiten in allen u. vererbten Fällen durch Blutreinigung,
Komb. von Silber-Quecksilber-Kuren. Separates Damenzimmer.
In Alteson Platz
Sohnstr. 9
9-11 Uhr, 1-3 Uhr, 5-7 Uhr

Dr. A. Löser sen. Münzstr. 9
Nur Rosenthalerstr. 69-70

**Dr. Jalla für alle Geschlechts-
krankheiten, Haut-, Frauenleiden,
berühmte Ausfälle, Ausschlag, Nervenleiden, Syphilis-
Krankheiten in allen u. vererbten Fällen durch Blutreinigung,
Komb. von Silber-Quecksilber-Kuren. Separates Damenzimmer.
In Alteson Platz
Sohnstr. 9
9-11 Uhr, 1-3 Uhr, 5-7 Uhr**

30 unüberbietbaren Schmuckpreisen
kauft jeden Tag alle Schmuckstücke, auch preislos.
Täglich um 12 Uhr 100 Mk. Gold-, Silber-,
Edelstein-, Brillen-, Uhren-, Münzen usw. Einkauf
täglich bis 7 Uhr. Bei Einkauf Bargzahlung.
Mantelstraße 71, Laden.

Auch
beendeter
inventur
sanz bedeutend
herabgesetzte
Preise

Möbel

Speisezimmer / Herrenzimmer
Schlafzimmer / Farb. Küchen
Einzel-Möbel / Polsterwaren

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

B. FEDER

Norden: Brunnensstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbuser Damm 103
Westen: Charlottenburg, Scharrenst. 5
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung!

Wie viele Nachahmungen!

**Reichel's
Hustentropfen**

helfen schnell und sicher
Nur echt
mit Marke
„Medico“

Flasche M. 4.00

In Apotheken u. Speditionen,
wo nicht, durch Otto Reichel,
Berlin 46, Mühlentorstrasse 4.

Geschlechts-
krankheiten, wenn alles
anderer vergeblich, nachweis-
bar noch Hilfe in Naturale
Anstalt (spezielle Leitung),
Sünderstr. 10, Berlin, 1-3, 5-7, 9-11
4-8, 10-11, 12-1. Damen-
zimmer separat. Jeder Kranke
verleiht Dr. med. Ludwigs
Krankheitsbericht für M. 2.00 im
verschloß. Umschlag ohne Auf-
bruch. Ausgabe des Verbands
einfachlich.

Händler gesucht für den
Vertrieb aktiver Tropfen
Buchhandlung „Freiheit“,
Breite Straße 8/9.

Münzen :: Briefmarken

kauft Grosmann, Johannistr. 4,
Zugang u. d. Friedrichstr. (No. 108) Norden 106 21

Goltnowstr. 5
für sämtliche Vitmetalle
höchste Schmuckpreise

Spiralbohrer,
Kettbohrer, Gewindebohrer,
Schneidbohrer, Schneidbohrer,
Reifen, Wand- und Bierkan-
nenbohrer und chemisch reines
Quecksilber auch laufend an
höchsten Tagespreisen. Franzosen,
Berlin 20 68, Alte Johannisstr. 7

**Zinn, Lagermetall,
Kupfer usw.**
kauft

Wiemer
Pantowstr. 30 I
Mantelstraße 4, Hof
Pantow, Wollantstr. 31

Alte Gebisse
nach eigener Arbeit 200-300 Mark.
Kupfer Messing
Blau und Zink
Blau, Gold u. Silberbohrer u. Quecksilberbohrer
Scharf & Schmidt, Essener Str. 78 Ecke Adlersstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen ge-
storben sind:
Der Arbeiter
Max Wenk
Friedrichstr. 7, am 15. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Januar,
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichhalle des Gemein-
dehauses in Neudamm, Mariendorfer Weg, aus statt.
Der Beerdiger
Robert Herda
Königsplatz 26, am 16. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Jan-
uar, nachm. 2 Uhr, im Armenatorium Reichstraße, statt.
Der Beerdiger
Heinrich Schönewolf
Kohlfelder Straße 38, am 16. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Januar,
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichhalle des Gemein-
dehauses in Neudamm, Mariendorfer Weg, aus statt.
Kege Beerdigung wird erwartet.
Der Beerdiger
Gustav Richter
Kohlfelder, Viktorstraße 7, am 16. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Januar,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichhalle des Gemein-
dehauses in Neudamm, Mariendorfer Weg, aus statt.
Kege Beerdigung wird erwartet.

Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder
verstorben sind:
Der Arbeiter
Ferdinand Buczawsky
Charlottenburg, Grallstraße 2, am 6. d. Mts.
Der Beerdiger
Gustav Lüttge
Neudamm, Kottbuserstr. 96, am 12. d. Mts.
Der Beerdiger
Ernst Langjahr
Kottbuserstr. 62, am 13. d. Mts.
Der Beerdiger
August Mex
Oberbaumstraße, Wilhelmshofstraße 1, am 14. d. Mts.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Produktions-Gesellschaft für Metall- u. Holzbearbeitung
Groß-Berlin e. G. m. b. H. Berlin D 17, Waragrafen-Damm 28

Am Sonntag, den 20. Januar 1921, nachmittags 2 Uhr, im
Café Bellevue, Potsdamer Platz, Hauptstraße 6

außerordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Entlastung der
Vorstände. 3. Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung
der Statuten. 4. Entlastung der ausführenden Vorstandsmit-
glieder. 5. Antragstellung für die ausstehenden Vorstandsmitglied-
erwählungen. 6. Ergänzungswahl der Vorstandsmitglieder zum
1. März 1921. 7. Tagesordnung für die nächste General-
versammlung.

Der Vorstand:
M. Herrh. Windmüller

Berietzte Geldschrankschlosser
als Kolonnenführer für dauernde Arbeit bei
hohem Verdienst von Berliner Werk gesucht
Ang. u. 287 Inspektoratstr. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Ziehung bestimmt 2.-5. Februar.

Aachener Dombau-Geld-Lotterie.
Gewinn-Plan:
335 500 M.
75 000 M.
50 000 M.
25 000 M.
Los 4 M. Porto u. Liste 1 M. mehr.

Berliner Lotterie.
16. 17. Februar.
Gewinn-Plan i. W.:
100 000 M.
60 000 M.
Los 3 M. Porto u. Liste 1 M. mehr.

Losvertrieb Emil Haase
Berlin, Oranienburger Str. 51,
Eckhaus Friedrichstraße.

Genossen, beachtet unsere Inserenten!

Das monarchistische Paradies

Deutscher Reichstag

Mittwoch, den 19. Januar, 2 Uhr mittags.

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er des 50jährigen Gedentages der Reichsgründung gedenkt. Präsident Lohde gedenkt ferner des Ablebens des Abgeordneten Veit (Soc.), dessen sachliche Tätigkeit ihm Ansehen und Anerkennung auch außerhalb seiner politischen Freunde und über die Grenzen unseres Landes hinaus eingetragen hat. (Der Reichstag hat sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben.) Präsident Lohde gedenkt weiter des verstorbenen früheren Reichskanzlers Dr. von Bethmann Hollweg, der seine Arbeitskraft in trüber Zeit dem Hause gewidmet hat. (Die Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, haben sich von ihren Plätzen erhoben.) Wir wollen uns nicht in den Streit verfangen, der sich an seine Arbeit geknüpft hat. Im Angesicht des Todes überblickt sich die Gegenseite. (Zurufe der Kommunisten: Er ist ein Kriegsschuldiger! Zwei Millionen Tote! — Lebhafter Applaus im ganzen Hause.) Die gute Absicht wird ihm kaum von irgendeiner Seite bestritten werden. Wenn der Erfolg der guten Absicht nicht immer entsprachen hat, so ist das kein Grund, ihm eine stille Ehrung zu verweigern. (Lebhafte Zustimmung.) Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Abgeordnete Dr. Veit (Komm.) einen Protest seiner Fraktion gegen die Feiertage der Reichsgründung.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein und verweist in erster Lesung die drei Gesetzentwürfe über den Ersatz von Kriegsschäden im Ausland, über den Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten und über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden an eine besondere Kommission.

Der Belagerungszustand in Bayern

Es folgt der Antrag Herbold (U. S.) betr. Ausrufung des Belagerungszustandes in Bayern auf Grund des Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung.

Soldmann-Franken (U. S. P.):

Die süddeutschen Staaten, nicht zuletzt Bayern, galten bis zum Zusammenbruch des wilhelminischen Regimes im Gegensatz zum alten Bayern als das demokratischste Land innerhalb der deutschen Staatenvereinschaft. Ein halbes Jahr lang hat das bayerische Volk unter dem Belagerungszustand, dauernd ersäht dieses Ausnahmestadium in weiteren Verletzungen. Nicht nur öffentliche Versammlungen, sondern auch öffentliche Versammlungen der Gewerkschaften unterliegen allen möglichen Schikanen. Erstreckt sich das Verbot der Reichsvereine nicht auf alle gegen die öffentliche Ordnung gerichteten Handlungen, so ist es nicht möglich, sie nicht nur von der Regierung, sondern auch von den Behörden zu verhindern. Neben dem Belagerungszustand bestehen in Bayern noch die mit Gesetz vom 12. Juli 1919 geschaffenen Volksgerichte. Kein außerlich hat sich ja nunmehr die Regierung der Reichsverfassung angepaßt. Der Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung sieht den Belagerungszustand nur als vorübergehend gegeben an. Wenn Capovur einmal den Satz prägte, daß mit dem Belagerungszustand jeder Staat regieren könne, so muß

eine solche Stelle um so grotesker wirken, je länger sie dauert. Wichtig ist allerdings, daß die unfähige Regierung nicht nur mit dem Belagerungszustand am Ruder erhalten kann. Der Belagerungszustand, wie er in Bayern angewandt wird, ist ein brutales Ausnahmegesetz gegen die sozialistische Arbeiterklasse und alle freibürgerlich demokratischen Elemente. Es hat fast den Anschein, als ob die Regierung die Arbeitermassen provozieren wolle. Die nach der Reichsverfassung gewährte Freiheit der Person, Wahrung des Briefgeheimnisses, Unantastbarkeit der Wohnung existieren in Bayern schon längst nicht mehr. Hausdurchsuchung, gefolgt auf Denunziationen erbärmlicher Spitzel, sind an der Tagesordnung. Die Wahrung des Briefgeheimnisses gilt für verdächtige Personen überhaupt nicht mehr. Lautet doch bei Telefonhörern so mancher unwilliger Ausdruck: „Was für ein Spitzel mag denn jetzt wieder mit meinen Ohren in der Leitung hängen.“

Soldmann schildert sodann das Verbot des Augsburger „Volkswille“, die Drohung gegenüber dem rechtssozialistischen Blatt von Barmuth, daß ein völliges Verbot erfolge, wenn man noch einmal von reaktionären Behauptungen der bayerischen Einwohnermehrheit verzeihe. Dagegen können Konterrevolutionäre und monarchistische

Organe die schamloseste Propaganda treiben. Geradezu lächerlich wurde das Verbot eines Aufrufs, der Stimmenthaltung bei dem letzten Volkseinstich in München forderte. Unterdrückung und Schikane gegen die Arbeiterklasse auf der einen Seite, Duldung und Unterstützung der reaktionären Institution auf der anderen Seite. Die Verbindung von Reichswehr, Gesetz und Einwohnerwehr ist längst ein offenes Geheimnis. Ebenso das

Kaufschmieden Ludendorffs und der bayerischen Prinzen, die im Borzori Solln bei München ihr Spiel treiben können. Die Beziehungen der letzteren zu Kapp-Püttwig bestanden nicht nur beim Märzputsch, wie ein verlesenes Telegramm beweist, sondern dauern auch heute unverändert fort. Die Regierung Kahr, Vöhrner, Roth-Scherrich ist in Wirklichkeit das, was die Urheber des Putschs erstreht.

Eine geradezu skandalöse Einrichtung sind die der Staatskommissare. Unser Genosse schildert sodann die Niederknüpfung der Jugendlichen in Nürnberg, ebenso das Aufheben des gesamten Nürnberger Garnison anlässlich einer völlig ruhigen Arbeitslosendemonstration. Der Nürnberger Stadtrat hat sich einstimmig gegen diese Brutaltaten des Staatskommissars Garesis gewandt, auch eine Deputation nach München geschickt, welche jedoch unverrichteter Dinge zurückkehrte. In gleich brutaler Weise ging man in Würzburg bei einer Lebensmitteldemonstration vor, in Regensburg ließ der Staatskommissar Gumpenberg die ganze Garnison mobilisieren gegen circa 100 demonstrierende Schwertkriegsopferkinder.

Die Gewalttätigkeit des in München so berühmten Staatskommissars Garesis eingehend zu würdigen, wäre fast zusehender Ehre für diesen Herrn. Es sei an dieser Stelle nur auf das vollständig unangelegliche Verbot von Franz Wedelinds Schauspiel „Schloß Wetterstein“ hingewiesen, wo man nicht etwa gegen die Kuppelstein gewisser Maderkreise vorging, sondern der Direktion der Münchener Kammerspiele kurzerhand die Weiterausführung dieses Stückes untersagte. Das alles, obwohl in Deutschland laut Verfassung keinerlei Zensur besteht! Der Herr Justizminister Roth, der eigentlich als Hüter des Rechts in Bayern in Frage kommen sollte, gibt offen Mängel und Unhaltbarkeit der Volksgerichte zu, weigert sich jedoch, diese zu beheben, da sonst diese Ausnahmeorgane aufgegeben könnten. Das abgeleitete Verfahren ist eine schlimme Härte für die Angeklagten, das Fehlen jeden Rechtsmittels eine direkte Barbarei. Neuerdings treibt dieser Ausnahmezustand ganz absonderliche Blüten. Die kleinste Vereinigung hat ihre Versammlungen anzumelden und muß sich Überwachung gefallen lassen. In Augsburg verlangte man sogar die

Anmeldung der Zusammenkünfte der örtlichen Betriebsräte, was eine flagrante Gesetzesverletzung ist. Nach § 165 der R.-V. dienen die Betriebsräte rein wirtschaftlichen Gründen und bedeutet das Verlangen der Augsburger Polizei eine direkte Unterbindung ehrenamtlicher Funktionen nach Art. 135 des Betriebsrätegesetzes.

Unter Genosse geht sodann noch auf einen vom 23. November 1920 datierten Geheimvermerk ein, in welchem man von den Verwaltungsbehörden verlangt, daß für verdächtige Personen Personalakten anzulegen seien, welche unter besonderen Verschluss des Amtsvorstandes zu nehmen wären. Außerdem sollen die Ortsbehörden unaufgefordert Berichte von Versammlungen und verdächtige Zeitungsartikel einreichen, soweit man glaubt, daß ein Einschreiten sich ermöglichen lasse. Die im Dezernat 3a beim Polizeipräsidentium München

eingerichtete Spitzelzentrale

erstreckt sich nicht nur auf bayerische Staatsangehörige, sondern wird gegenüber allen Personen angewandt, die auch nur einmal in einer politischen Versammlung in Bayern auftreten. Die oft von uns ausgesprochenen Befürchtung, daß die Monarchisten einen gewaltigen Umkehr zur Errichtung der Monarchie planen, muß heute selbst Graf Bothmer im „Königsboten“ zugeben, was letzten Endes dem Konkurrenzneid entspringt, da ein Teil der Monarchisten für die Wittelsbacher, die anderen für die Hohenzollern schwärmen. Redner bemerkt zum Schluß:

„In Bayern besteht der Belagerungszustand als bis ins kleinste ausgefärbt.“

Klassenherrschaft der bestehenden Klasse.

Diese Klasse hat unter Verhöhnung von Recht und Gesetz und mit trübsamer Augenanschlag Demokratie heuchelnd, den ganzen mächtigen Apparat der Gesetz, der technischen Rüstung, der Zeitweilungsverhältnisse und der Klassenjustiz mit Geldern

der Großindustrie und der Banken sich unterworfen und wendet ihn tagtäglich in brutaler Weise an. Man demonstriert so häufig die Arbeiterklasse, daß Freiheit und Demokratie Humbug sind und nur eiserne Diktatur ein in sich völlig saures und morsches System noch bis auf weiteres vor dem völligen Zusammenbruch retten kann. Reichsregierung und Reichstag sind es ihrer Ehre schuldig, diesen unhaltbaren, Recht und Sitte widersprechenden Ausnahmezustand zu beenden, wenn sie nicht als mitschuldig an diesem ungeheuerlichen, in nichts begründeten Ausnahmezustand bezeichnet werden wollen.“ (Lebhafte Beifall bei der U. S. P. und Kommunisten.)

Reichsminister des Innern Dr. Koch:

Die Reichsregierung ist zur Nachprüfung der Notwendigkeit des Ausnahmezustandes mit der bayerischen Regierung in Verbindung getreten. Im allgemeinen hält es die Reichsregierung nicht für angebracht, in die polizeilichen Angelegenheiten der Länder eingzugreifen. (Hört! Hört! bei den U. S. P. und Komm.) Die Reichsregierung ist bei dem geringen Bestande der Reichswehr nur in ganz außerordentlichen Fällen in der Lage, eine Landesregierung zu unterstützen; diese muß in erster Linie auf polizeilichem Gebiet die Verantwortung selbst übernehmen. Nach der Meinung der Kommunisten herrschte forderten weite Kreise der bayerischen Bevölkerung einen größeren Schutz. (Zuruf von links: Die Orgel und Schuch!) Bayern steht mit Rücksicht auf die Forderungen der Entente auf Entwaffnung vor der Möglichkeit einer Umgestaltung seiner Schuchmaßnahmen, was eine neuerliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit sich ziehen könnte. Das sind die Gründe, weshalb die Reichsregierung lange Zeit eine abwartende Stellung eingenommen hat und sich auch heute noch eines plötzlichen Eingriffes enthält. (Zuruf von den U. S. P.: Kahr regiert, nicht Sie!) Allerdings erachtet die Reichsregierung die Aufrechterhaltung der weitgehenden Bestimmungen des Ausnahmezustandes bei der fortschreitenden Benutzungsruhung der Bevölkerung für bedenklich. Die bayerische Regierung hat der Reichsregierung schon jetzt zugestimmt, die Beschränkung nichtpolitischer Versammlungen weglassen zu lassen. Die Reichsregierung hofft, im Verhandlungswege mit der bayerischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, und erachtet den Reichstag, von einer Beschäftigung auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zur Zeit abzusehen.

Bayern. Staatssekretär Speyer:

Im Reich sind über die Verhältnisse in Bayern zum Teil ganz falsche Gerüchte im Gange, auch die Ausführungen des Abg. Soldmann entsprechen nicht den Tatsachen. Die Grundlage des derzeitigen Ausnahmezustandes in Bayern bildet Art. 48 der Reichsverfassung und die auf Grund der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 4. November 1919. (Zuruf links: Es besteht ja keine Reichsverfassung in Bayern!) Orgel, Einwohnerwehr u. a. m. haben mit dem Ausnahmezustand nichts zu tun. (Gelächter links.) Die Reichsregierung ist der Staatsregierung Kahr für die Wiederherstellung der Ordnung zu herzlichem Dank verbunden. (Zuruf links: O. ihr Hochverräter!) Es wäre verlockend, über das Polizeipräsidentium Dorsch etwas zu sagen. (Lärm bei den Komm.) Der Vater der Ausnahmebestimmungen ist nicht die Regierung Kahr, sondern die sozialistische Regierung Hofmann. (Zuruf links: Nichts als Quatsch, wo sind denn die Tatsachen?) Das Ministerium Hofmann legte den allergrößten Wert auf die Einbringung dieses Gesetzes, denn die Zustände des damaligen April waren eine Schmach für jede Regierung. (Zuruf links: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? Kahr, Heim oder Ludendorff. — Heiterkeit.) Wer glaubt daran, daß die Kommunisten die Waffen abgeben werden? Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist Sache der bayerischen Regierung. Wenn aus den Ausnahmebestimmungen ein Dauerzustand wurde, dann müssen dies die Kommunisten auf ihre Rechnung setzen.

Abg. Bogel (Soc.): Wir stimmen dem Antrage zu, über dessen verfassungsmäßige Zulässigkeit nach Artikel 48 der Reichsverfassung kein Zweifel bestehen kann. Es handelt sich, worauf der Reichspräsident ausdrücklich hingewiesen hat, um eine vorübergehende Verordnung, die durch den Reichstag jederzeit aufgehoben werden kann. Der Belagerungszustand ist nicht nur völlig überflüssig geworden, er ist auch ein ganz einseitig gehandhabtes Werkzeug in den Händen der Reaktion. Durch die Zwangsmassnahmen können die Ursachen der bayerischen Unruhe nicht beseitigt werden, sondern nur durch lokale Verständnis und Anpassung an den Geist der neuen Zeit. Wenn Herr von Kahr die Uneinigkeit des Volkes beklagt und von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger spricht, so sind das angelegentlich seiner eigenen Augenbehandlung gegen die Arbeiter nur leere Worte. Von Kahr hat selbst zugegeben, daß die Zahl derjenigen Arbeiter ständig wächst, die sich bemühen, für eine ruhige Zukunftsentwicklung zu arbeiten. Wie reimt sich das mit seiner Behauptung über das Wachsen der kommunistischen Partei?

Zu Tode geht

Von Marien.

Nach dem Erscheinen von Stanislas Hedering.

(Schluß)
Wutschraubend lief er in den Schlafraum. Er war leer. Sie durchliefen das Krankenhause, sahen unter alle Betten, brüllten, drohten mit Gottesstrafe und Rache der Behörden, donnerten, daß sie das Krankenhaus zertrümmern würden. Geschrien eilten die Hausdiener, die Pflegerinnen, sogar die Ärzte herbei, alle halfen suchen und sahen eifrig unter alle Lüge, Betten und Schränke. . . .
Vergeblich. . . .
Wazlaw hielt sich drei Tage an einem sicheren Ort auf. Da er sich vollständig genesen fühlte, schickte er sich an, wieder „in die Welt“ hinauszuschauen.

„Wißt Ihr auch, daß man Euch wegen Anstiftung zu bewaffnetem Widerstand verdächtigt hat und daß das Urteil bereits gefällt ist?“
„Wie lautet es?“
Der Genosse zögerte.
„Zum Tode verurteilt. . . .“ sagte er schließlich.
Wazlaw machte eine gleichgültige Bewegung mit der Hand.
„Um so besser. Ich habe nichts mehr zu verlieren.“

V.

Er stand Posten. Der übermenschlich angespannte Wille drängte sich in ihm zu einer alles umfassenden Riesenart. In diesen letzten entscheidenden Augenblicken fühlte er fast heiligerisch.
Endlich kam die Equipage.
Er maß den Raum mit ruhigem Auge, trat vor und schleuderte die Bombe aus aller Kraft.
Die Straßen und Häuser erzitterten in den Fugen. Ein langgedehnter, donnernder Krach ertönte. Aus dem zertrümmerten Wagen fiel der Würdenträger auf den Straßen. Die verwundeten Pferde trugen die Reste der Deichsel davon und rasten vor sich hin, durch die erschrockenen Reihen des Publikums hindurch. . . .
Wazlaw fiel, von den Splintern des Wurfs betäubt und verwundet, aber er fühlte keinen Schmerz.

„Ich habe getroffen. . .“ regte sich in ihm die beglückende Sicherheit.

Mehrere Gendarmen stürzten herbei, packten ihn und fragten, indem sie ihn unbarmherzig schlugen:

„Wer bist du? Wer bist du? Sag. . .“

Er schwieg.

Weder jetzt, noch später, als sie ihn mit „Kagalkas“ peitschten, als die unverbundenen und sich neu öffnenden Wunden an seinem Körper eiterten —, sagte er ein Wort. . . .

Er erstarrte ganz in dieser sonnigen Sicherheit.

„Ich habe ihn getroffen. . .“

Er hätte nicht einmal sagen können, wie man sich an ihm weidete, wie oft er zum Untersuchungsrichter geschleppt wurde, wie man sich bemühte, aus dem Glanz seiner Augen herauszulösen, wer er sei. . . .

Er fühlte, was die Märtyrer empfinden mußten, die auf der Arena der römischen Zirkusvorstellungen starben. . . . Sein Körper war nur noch ein elender Fleck. . . . Fern von der Erde, war er und unbrauchbar. . . . das fühlte er. „Ich habe getroffen. . .“

Lange, endlose Minuten flossen in der Grabesstille des Gefängnisses dahin.

Schließlich trat der Staatsanwalt eines Tages in seine Zelle.

„Wazlaw. . .“ sprach er langsam.

Wazlaw erbeute.

„Verstod dich nicht. . . Wir wissen alles. Du warst unter diesem Namen in den Arbeiterkreisen bekannt und hast eine verbrecherische Tätigkeit ausgeübt. Du bist verwundet aus dem Krankenhaus geflohen. . . . Schließlich hast du eine Bombe geworfen. Für alles dies bist du zum Tode verurteilt.“

Er magnetisierte ihn einen Augenblick mit den Augen.

„Nun, hör mich an, Wazlaw. Ich werde dir diese Strafe in lebenslängliches Zuchthaus verwandeln — vielleicht auch für kürzer — denn die Barmherzigkeit der Behörde ist ohne Maß. . . . Aber sag, wer du bist, wie du heißt und wer deine Mittäter sind.“

Er wartete mehrere Minuten.

„Denk daran, es handelt sich um dein Leben. . . . Nenne wenigstens einen Namen.“

Wazlaw schwieg.

„In 24 Stunden erfolgt die Hinrichtung. . . .“

Der Staatsanwalt ging hinaus, bei jedem Schritt anhaltend, als würde er warten, daß der Gefangene anderen Sinnes werde.

Am nächsten Tage erschien der Henker.

Nach ihm kam der Geistliche. Wazlaw entfernte ihn mit einer Handbewegung.

Er wurde unter Bewachung auf den Gefängnishof geführt. Sein Blick fiel auf den Galgen und auf den darunter frisch gegrabenen Graben. „Für mich. . .“

Der Henker schnitt ihm das Haar ab und zog ihm ein langes, weißes Hemd über, den Gasauszug der Verurteilten.

„Wazlaw. . .“ sagte er. „In zehn Minuten bist du eine Leiche. . . hier an diesem Galgen. . . Besinne dich. . . Sag, wer du bist. . .“

Wazlaw unterbrach ihn stolz: „Tu deine Pflicht. . .“

Der Henker lächelte boshaft. Befriedigung in dem tierisch verrohten Gesicht, warf er ihm eine Schlinge um den Hals. Das Militär präsentierte die Waffe. Da rief Wazlaw mit dem letzten Atem in der Brust mit lauter Stimme:

„Es lebe die Freiheit!“

Im nächsten Augenblick hing er am Galgen.

Humoristisches

Jemand kauft in einer Apotheke Pillen. Der Apotheker fragt, ob er diese in eine Schachtel packen soll. Darauf der Käufer ironisch: „Meinen Sie vielleicht, daß ich die Pillen einzeln nach Hause rollen soll?“

Der Lehrer sagt zu seinen Schülern: „Ich werde Euch jetzt zwei Fragen vorlegen. Wer mir die erste richtig beantwortet, braucht die zweite nicht zu beantworten. Unter andern fragt er: „Wieviele Haare hat ein Esel?“ Endlich meldet sich der kleine Moritz: „Ich weiß es, 6475 Stück.“ Darauf der Lehrer: „Wieviele Haare hat so genau?“ Der kleine Moritz: „Herr Lehrer, das ist die zweite Frage, die brauche ich ja nicht mehr zu beantworten.“

Anton Bärenfeld will in einem Hotel übernachten. Der Kellner erklärt ihm, daß ein Zimmer im ersten Stock 40 Mark, im zweiten Stock 30 Mark, im dritten 20 Mark und im vierten 10 Mark kostet. „Tut mir leid.“ — „Wider darauf Bärenfeld: „Ihr Haus ist mir zu niedrig gebaut.“

Kellner: „Ich kann Ihnen Huhn empfehlen.“
Gast: „Geben Sie mir alles, bloß kein Huhn.“
Kellner: „Dann nehmen Sie doch unser Hühnersträußchen, da ist alles drin, bloß kein Huhn.“

Beißt man sich nicht fortgesetzt, Bayern sei ein Vorbild an Ordnungswillen und innerer Ruhe?

Ueberall sonst im Reich, auch im Ruhrrevier, geht es ohne Ausnahmezustand.

Ich weiß wirklich nicht, welche ganz besonderen Gefahren ihn in Bayern nötig machen. Die Meinungen über die Bewaffnung der bayerischen Kommunisten haben sich als Schwundel und Fälschung erwiesen. Die bayerische Regierung läßt sich von ihren vielen Spiegeln und Auktorenheerungen über die Volkstimmung ganz falsch informieren. In den Geheimberichten werden Redner und Beschlüsse angeführt, die niemals existiert haben. (Hört! Hört! bei d. Gov.) Aber der Regierung kann genügen solche Gerüchte, um den Ausnahmezustand nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu erweitern. Der „Bayerische Kurier“ hat es ganz offen ausgesprochen, daß es gegen die Sozialdemokraten geht und nicht gegen die Kommunisten.

Man will auch einen Konflikt provozieren.

um der Entente die Notwendigkeit der bayerischen Einwohnerwehren vor Augen zu führen. In die Ausübung der Räterepublik denkt niemand. Von Vorkursplänen kann höchstens auf der rechten Seite die Rede sein. In München sammeln sich alle Anhänger eines monarchischen Umsturzes und Revolutionsregimes. Demen tut man nichts, aber die Arbeiterführer sind rechtlos. Nicht umsonst hat Escherich sich gerühmt, die bayerische Einwohnerwehr sei so stark, daß sie jeder Regierung ihren Willen aufzwingen könne. Die Reichsregierung muß das hützig tun, um verfassungsmäßige Zustände auch in Bayern herzustellen. (Bravo h. d. Soz.)

Abg. Emminger (Bayr. Sp.): In Bayern versteht man es nicht, daß immer wieder über den Ausnahmezustand Debatten geführt werden. Außer einem ganz kleinen Teil der extremen Arbeiterschaft spürt niemand etwas davon. Redner vergleicht darauf den jetzigen Ausnahmezustand mit dem zur Zeit der Räterepublik. Eine Gefahr von Oben besteht noch, wir müssen gegen jede Reaktion gerüstet sein. Es ist nicht wahr, daß Bayern in der Wilhelmischen Zeit eine Macht oder Mittmacht hatte. Wenn man den d. o. r. f. zugunsten eines Putsches von rechts miteingreifen würde, so würden gegen ihn genau so wie gegen jeden anderen alle gesetzlichen Maßnahmen geltend gemacht werden. (Gesächter links.) In dieser politischen Frage läßt sich der Bayer weder von einem Ludendorff noch von irgendeinem aus Norddeutschland Kommenen etwas hineinreden.

Abg. Straßmann (D. Nat.): Der Belagerungszustand ist nichts anderes als eine sehr wohlgemeinte Vorbeugungsmaßregel der bayerischen Regierung. Die Erfahrungen mit der Räterepublik, die Münchener Geiselmorde und das übrige Blutvergießen dürfen sich nicht wiederholen. Selbst der Münchener Geiselmord kommt auf das Konto der Räterepublik. Wer weiteres Blutvergießen herbeiführen und Menschenmorde, wie den eines Volter, veranlassen will, der habe den Ausnahmezustand auf. (Bravo rechts.) Am Schluß ergab sich der Redner in eine vom Haus mit Heiterkeit aufgenommene Scherzrede gegen Berlin. Die Reichsregierung ist nicht in Bayern, sondern in Berlin, und in dem Antrag der Unabhängigen erhebt sie wieder sichtbar ihr Haupt.

Reichsminister Koch: Die letzte Entscheidung über verfassungsrechtliche Fragen liegt bei der Reichsregierung, die zu ihrer Zurückhaltung nicht verpflichtet ist. Sie (zu den Deutschnationalen) führen nur den Kommunisten Wasser auf ihre Mühlen. (Zuruf Abg. Koenen: Andere Mühlen werden schon klappern. Was haben Sie in Bremen getan?) Herr Bogel sage ich, daß ein Gesetz über den Ausnahmezustand vorbereitet wird. Bittsteller sind wir Frankreich gegenüber nicht, solche Behauptungen bereiten der Regierung nur unnötige Schwierigkeiten.

Abg. Staeckel (D. Sp.): Wir lehnen den unabhängigen Antrag ab, da der Ausnahmezustand notwendig ist, um den offen eingetragenen Umsturzplänen der radikalen Linken vorzubeugen. Die kommunistischen Parteien haben einen sorgfältigen Feldzugsplan ausgearbeitet, um die Räterepublik in Deutschland zu errichten. (Zuruf h. d. Komm.: Was haben Sie beim Kapp-Putsch getan?) Wie erkennen Bayern als Vorbild für Ordnung, Sicherheit und Freiheit.

Abg. Wieland (Dem.): Wir sind mit der Regierungserklärung einverstanden und halten ebenfalls die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes für unerwünscht. Ein direktes Eingreifen des Reiches lehnen wir ab.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Bell wird hierauf die Beratung dieses Gegenstandes abgebrochen und eine Reihe von Diskussionen ohne Auspruch erledigt. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Nachtragssitzung der Eisenbahner, Fortsetzung von heute. Schluß 7 Uhr.

Die Kapitulation der Moskauer vor der R. A. P. D.

J. M. Die Nachricht, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands als Mitglied mit beratender Stimme aufgenommen hat, kommt gerade zur rechten Zeit, um den Genossen in Frankreich und Italien den Weg zu zeigen, wie die unmöglichen „Leitfäden“ von Moskau zu beantworten sind: Mit Rückgrat, das den Däumig und Genossen völlig fehlt!

Es war schon beachtenswert, als Sinowjew in Halle durchblicken ließ, er wäre unter Umständen bereit, sich was abhandeln zu lassen von seinen Forderungen. Er war sich nicht völlig sicher, ob alle „Linken“ den Baukrusch mitmachen würden. Wäre ein Funke von Stolz in den Stockerleuten erwacht, Moskau wäre von seiner Zersplitterungsabsicht abgelenkt und die U. S. P. wäre die Einheit geblieben und trotzdem Mitglied der 3. Internationale geworden.

Denn daß es sich nicht um „Prinzipielles“ gehandelt hat, beweist die Erfahrung der R. A. P. D., die nicht eine Konzeption gemacht und die den Akt, es könne in jedem Lande nur eine Partei geben, die der 3. Internationale angehöre, befehtigt hat. Freilich hat die R. A. P. D. durch ihre Vertreter sich keinerlei Kritik an die Moskauer „Forderungen“ geschenkt. Auf einen Schelm gaben die Repräsentanten der R. A. P. D. anderthalb. Man lese nur nach, was die R. A. P. D., was Franz Pfemfert in seiner „Aktion“ gegen die Parteidiktatur in der 3. Internationale schrieb und man wird zugeben, daß Moskau mit der Ausnahme der Kritiker glatt kapitulierte und die nicht gerade sanften Hiebe küßschweigend hinnahm. Denn noch ist nicht bekannt, ob etwa das Strafgericht, daß gegen Otto Rühle gefordert wurde, nun auch gegen dessen Genossen Franz Pfemfert wirken soll. Die R. A. P. D. hat sich ja, wie sie stolz erklärt, keinelei Bedingungen unterworfen!

So zitieren wir denn ein Mitglied der 3. Internationale, wenn wir Pfemferts Urteile wiedergeben.

In der „Aktion“ vom 7. August 1920 wendet sich Pfemfert gegen Lenins „Anderkennung“ und schreibt:

Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus. Daß sie in einem Lande geboren worden ist, in dem die Arbeiter sich diese Herrschaft bereits erkämpft haben, das hat der Dritten Internationale geholfen, sich die Sympathien des Weltproletariats zu erringen. Die Begeisterung für den neuen Weltbund der Ausgebeuteten ist identisch mit der Begeisterung für Sowjetrußland, für den unvergleichlichen Heldentum des russischen Proletariats. Das junge Gebilde Dritte Internationale allein hat noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt, sich als Organisation moralische Wirkungen zu verschaffen.

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

„Die Dritte Internationale soll sein: die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder, das gegen die Diktatur des Kapitalismus kämpft, gegen den bürgerlichen Staat, für die Herrschaft der arbeitenden Menschheit, für den Kommunismus.“

zurück“, aufzugehen in der deutschen „Sektion der Kommunistischen Internationale“. Diese Leute gehören im Grunde zur zweiten Internationale („R. A. P. D.“ Nr. 141). Und dennoch kapitulierte Moskau! Die Genossen, die jetzt in Italien und Frankreich vor ihren entscheidenden Kongressen stehen, mögen das beachten. Dann werden ihre Däumige kein leichtes Spiel treiben können!

1. Deutscher Arbeiterportkongress

k. Jena, 17. Januar 1921.

Im hiesigen Gewerkschaftshause tagte am 15. und 16. Januar der 1. Deutsche Arbeiterportkongress. Der Vorsitzende Gellert-Leipzig eröffnete die Tagung mit dem Hinweis auf die großen Aufgaben, die der Arbeiterportbewegung zur Lösung übertragen worden sind. Die Arbeiterportverbände dienen nicht nur dem Sport, sie seien stolz darauf, Arbeiterorganisationen zu sein.

Die Verhandlungen des Kongresses wurden durch den Richtungsstreit in der Arbeiterchaft stark beeinflusst. Unter Führung der Berliner versuchten die kommunistischen Delegierten ihre Ansichten und Forderungen durchzubrühen. Schon vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung gab es ein lebhaftes Geplänkel. Die kommunistische Opposition stellte verschiedene Abänderungsanträge zur Tagesordnung, die aber mit übergroßer Mehrheit abgelehnt wurden.

Über den 1. Punkt „Die Organisation der Zentralkommission und ihre Unterverbände“ sprach Sekretär Bildung-Leipzig. Er führte unter anderem aus: Trotz der Verschiedenheit der angeschlossenen Verbände haben alle eines gemeinsam: nämlich durch Leibesübungen der Volksgesundheit zu dienen. Es gilt aber, alle zu einem Körper zusammenzufassen: mein Plan war, die getrennten Arbeiterportverbände zu einer einheitlichen schlagfertigen Organisation zusammenzufassen. Wir können trotz der Schwierigkeiten zu einer einheitlichen Organisation kommen. Jetzt gilt es zunächst, die einzelnen Arbeiterportartelle zu Bezirksartellen zusammenzuschließen und diese wiederum zu einem Provinz- oder Landesartell, aus denen dann der Zusammenhalt für das Reich (Zentralkommission) hervorgehen soll. Die Zusammenfassung der Zentralkommission soll aus den Spitzen der Verbände erfolgen. Ihr ist ein Beirat gebildet aus den leitenden Personen der Bezirks- und Landesartelle, beigegeben. Es muß zum Beschluß erhoben werden, daß an allen Orten, wo Arbeiterportvereine bestehen, Ortsartelle zu gründen sind, ebenso daß zur Bildung von Bezirks- und Landesartellen gebilligt werden muß.

Es folgte hierauf eine recht lebhafte, aber sachliche Debatte ein, an der sich zahlreiche Sportgenossen beteiligten. In der Hauptsache wurden innere Organisationsfragen besprochen. Alle Redner erklärten sich für die Bildung eines Einheits-Arbeiter-Sportbundes (Vollbund für Sport und Körperpflege), ebenso auch für Anschließ der Arbeiterlänger an die Zentralkommission, auch wurde gewünscht, daß der Jugendpflege und Jugendberziehung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Nicht nur der Sport und die Körperpflege, sondern auch die Bildung und Jugendpflege ist in das Programm der Arbeiterportverbände aufzunehmen.

Bei der Abstimmung ergab sich eine große Mehrheit für den Vorschlag der Zentralkommission.

Der Punkt: „Warum muß der Arbeiter Körperkultur treiben?“ behandelte Reichstagsabgeordneter Schredt-Mielefeld. Er betonte, der Arbeiter müsse sich nicht nur politisch und gewerkschaftlich betätigen, sondern sich auch den kulturellen Bewegungen widmen. In scharfen Strichen zeichnete der Redner die Trennungslinien zwischen den bürgerlichen und dem proletarischen Sport. Erstere dient zum Teil der Unterwürfigkeit, während der Arbeiterport zum Selbstbewußtsein und zur proletarischen Kulturanknüpfung erzieht. Wenn Laffale von der verkommenen Bedürfnislosigkeit der Arbeiter sprach, so muß gesagt werden, daß dieser Ausspruch auch heute noch für viele Arbeiter und Arbeiterinnen bezüglich der Leibesübungen gilt. Die Einseitigkeit der Arbeitsweise geben der Arbeiterchaft die Pflichten, Turnen, Spiel und Sport zu treiben. Wenn heute von Bewahrung gesprochen wird, so muß betont werden, daß gerade diese Kreise, die das ausgesprochen, der Arbeiterportbewegung entgegengegerichtet haben. Wer die Bewahrungslösung bekämpfen will, der gebe der Arbeiterportbewegung mehr Raum zu ihrer Betätigung. Die Behörden haben uns die gleichen Rechte zuzugewiesen wie den bürgerlichen Verbänden. Ein weiterer Grund zur Betätigung von Sport bildet die schlechte Ernährung. Es gilt, durch Sport neue Kräfte zu sammeln für den politischen, ökonomischen und geistigen Kampf der Arbeiterchaft.

Über „Unsere Stellung zu den Behörden, den bürgerlichen Verbänden und zu Beamten für Leibesübungen“ sprachen Gellert und Bildung-Leipzig. Gellert betonte, daß die zahlreichen Einladungen der bürgerlichen Sportverbände zu gemeinsamer Tätigkeit jeweils ablehnend beantwortet worden sind. Wir müssen uns immer die Frage auslegen: Was bist du und woher kommst du? Und unsere Antwort wird jeder bejahen. In dem brutalen Kampf gegen uns vor dem Kriege sind nicht nur die gewesenen Regierungen, sondern auch die bürgerlichen Organisationen schuld. Und wie sie sich bei einer etwaigen Umgestaltung der Staatsform wieder einstellen werden, ist nicht schwer zu erraten. Schon heute deuten Zeichen auf ihre enge Freundschaft mit dem alten Staatssystem. Der Reichsausschuß für Leibesübungen hat nicht die Berechtigung, sich Reichsausschuß zu nennen und eine Reichskonferenz der Sportler einzuberufen. Wir müssen in den amtlichen Ausschüssen mitarbeiten, aber nur, wenn sie auf paritätischer Grundlage aufgebaut sind. Redner erhebt sodann die wichtigsten Forderungen an Staat und Gemeinden. Wir verlangen unter anderem die Freiheit der Fortbildungsschüler bei der Auswahl der Vereine, wo sie ihren Sport betätigen wollen. Gegen die heute noch hier und da auftretenden Schikanen gegen unsere Vereine muß energisch protestiert werden. Die Unterstützungen durch Reich, Staat und Gemeinden sind zu gering; wir verlangen mehr Entgegenkommen. Und wir werden solange unsere Forderungen erheben, bis man uns gehört hat.

Ein Korreferat zu diesem Punkt hielt der Kommunist Liecke-Berlin. Er sprach sich gegen die Beteiligung an staatlichen und städtischen Beamten für Leibesübungen aus, da er die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Verbänden und Behörden verwickelt. Erst nach Verwirklichung der Diktatur des Proletariats würden sie sich an derartigen Ausschüssen beteiligen.

In der Debatte forderten sämtliche Redner die Errichtung von staatlichen und kommunalen Beamten für Leibesübungen und sprachen sich für eine tatkräftige Mitarbeit in den denselben aus. Die von der Zentralkommission vorgelegte Resolution für Mitarbeit in den Beamten — wenn dieselben paritätisch zusammengesetzt sind — fand Annahme. Diese Resolution konstatiert ferner, daß die Arbeiterportbewegung nach wie vor mit den bürgerlichen Sportverbänden im Kampfverhältnis steht. Ein Antrag der Berliner, wonach eine Beteiligung in solchen Beamten zu verweigert ist, wurde abgelehnt.

Über den Reichsarbeiterporttag referierte Bundesratward Koppich-Leipzig. Der Reichsarbeiterporttag soll am 29. Mai in ganz Deutschland stattfinden und eine gewaltige Kundgebung für die Arbeiterportsache werden. Gewünscht wird, daß die Arbeiterpresse Propaganda hierfür macht. Der Kongress stimmte diesen Vorschlägen zu.

Über den Internationalen Verband der Sport- und Körperkultur berichtete Bildung-Leipzig. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die internationalen Beziehungen der Arbeiterportverbände wieder intakt sind. Hierzu habe der im September 1920 in Luzern stattgefundene Internationale Arbeiterportkongress wesentlich beigetragen, dessen Beschlüsse Bildung eingehend erörterte.

Der Korreferent Liecke-Berlin übte an der Luzerner Konferenz scharfe Kritik und bezeichnete die neue Arbeiterportinternationalenale als gelbe Internationale.

Nach lebhafter Diskussion stimmte der Kongress den in Luzern gefassten Beschlüssen zu. Er sprach weiter die Erwartung aus, daß auch fernerhin der brüderliche sozialistische Geist innerhalb der Verbände erhalten bleiben möge.

Damit waren die Arbeiten der Tagungen erledigt, die zur Stärkung der Arbeiterportbewegung beitragen dürften.

Groß-Berlin

Einigung mit den Neuföllner Koststandsarbeitern

Zwischen den Neuföllner Koststandsarbeitern und der Stadtbaugesellschaft ist eine vorläufige Einigung zustande gekommen. In einer Sitzung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin wurde folgender Vergleich abgeschlossen:

1. Die beschwerdeführende Firma verpflichtet sich, an sämtliche Arbeitnehmer bis einschließlich 19. Januar, den Lohn für normale Arbeitszeit zu zahlen.
2. Die Parteien erklären sich damit einverstanden, daß vom 20. Januar ab sämtliche Arbeitnehmer in den auf den 20. Januar folgenden drei Wochen mit verkürzter Arbeitszeit und zwar 24 Stunden wöchentlich arbeiten.
3. Beschwerdeführer verpflichtet sich, bis zum Ablauf dieser drei Wochen wegen Arbeitsmangel keine Entlassungen vorzunehmen.
4. Unter Hinzuziehung eines von den Parteien bis zum 22. Januar zu vereinbarenden Sachverständigen sind innerhalb des Bestandes sofort Verhandlungen aufzunehmen über die Rentabilität und Weiterführung des Betriebes. Falls die Parteien sich bis zum 22. Januar über den zu benennenden Sachverständigen nicht einigen können, kann jede Partei den Demobilisationskommissar um Benennung des Sachverständigen ersuchen.

Verwaltungsbescheid 15. Donnerstag, 7. Uhr, Sitzung der Fraktion mit den Wahlvereinsvorsitzenden und den Obleuten der kommunalen Kommissionen der 6 im Bezirk 15 gelegenen Orte im Zimmer 50, Rathaus Treppe.

Zu den Klagen über die mangelhafte Schneebeseitigung schickt uns der Betriebsrat der städtischen Straßenreinigung folgende Erklärung: „Die eingestellten Hilfsarbeiter konnten, weil sie durch den Regen völlig durchnäht waren, nicht die volle Schicht aushalten. Die durchmachten der Schneebeseitigung liegt in der ungenügenden Ausnutzung der Schneepflüge, welche bisher teilweise noch mit Ponys bespannt werden. Am 17. 12. v. Js. machte der Betriebsrat einen Versuch mit einem Kraftwagen als Vorspann. Das Ergebnis war, daß ein Schneepflug mit Kraftwagen mindestens 4 pferdebepannte Schneepflüge ersetzt. Der Betriebsrat beantragte, mit einer genauen Einteilung, schriftlich bei der Direktion die Inbetriebsetzung der Kraftwagen zum Vorspann für die Schneepflüge und ersuchte um Beschleunigung. Ware nach diesem Antrage verfahren, hätten die Berliner Bürger um 8 Uhr diesem Hauptstraßen gehabt. Statt die Vorarbeiten zu erledigen, verfertigte die Direktion eine Verwarnung für den Betriebsrat, weil dieser angeblich durch den angefertigten Versuch seine Pflichten überschritten hätte. Dieses Schreiben erhielt der Betriebsrat am Morgen des 18. Januar d. J. zur Kenntnis. Durch das Eingreifen des Herrn Stadtrat Poehlich am 18. Januar d. J., das morgens 9 Uhr auf der Direktion, gelang es dem Betriebsrat, morgens 9 Uhr auf der Direktion zu erhalten, welcher auch sofort einen Kraftwagen zum Schneepflug zu erhalten, welcher auch fort in Betrieb gesetzt wurde. Es war nun möglich, eine große Fläche zu reinigen, weil dieser Pflug ununterbrochen arbeiten konnte. Am Nachmittag wurden noch weitere 4 Kraftwagen in Betrieb gesetzt, welche im Besitze des Betriebsrats bis 7 Uhr abends mit gutem Erfolg gearbeitet haben. Wir Betriebsräte stellen an die Bürger die Forderung, diese Betriebsräte, Herrn Baurat Galla und Herrn Subdirektor Robiling, sofort ihrer Ämter zu entheben, weil nach unserer Ansicht abschließend der neuen Stadtverwaltung und der Bürgerschaft Schwierigkeiten bereitet werden.“

Dem **Martarif für die Straßenbahn** hat nun auch der Magistrat zugestimmt. Ferner sollen Umsteigefahrtscheine zum Preise von M. 1.50 zur Ausgabe gelangen, deren Gültigkeitsdauer auf zwei Stunden festgelegt wird. Es sollen weiter Zeitkarten ausgegeben werden, und zwar für eine Linie M. 90.—, für zwei Linien M. 115.—, für drei Linien M. 145.—, für alle Linien M. 220.—, Schülerkarten M. 20.—, Arbeiterwochenkarten für sechs Fahrten M. 5.—, für 12 Fahrten M. 10.—, für 48 Fahrten M. 40.— für Fahrten, die auf den Linien der ehemaligen Spandauer, Köpenicker, Heiligenseer- und Steglitzer Straßenbahn — zuzüglich auch auf denen der Teltower Kreisbahnen — zurückgelegt werden, betragen die Fahrtscheine M. 0.80. Die neuen Tarife sollen nach der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, die alsbald beantragt werden wird, in Kraft treten. Die Einführung von Notgeld ist mit Rücksicht auf die Tarifhöhe von M. 1.— bzw. M. 1.50 abgelehnt worden.

Eine halbe Million für Spielplätze. Diebstähle, Einbrüche und Sachbeschädigungen auf den städtischen Spielplätzen erfordern neuerdings Aufwendungen für den Schutz des städtischen Eigentums und die Erhaltung dieses Erholungsanlasses und der Spielplätze unserer Kinder. Einfache Wohnhäuser für anzunehmende Plankmächer, neue Abortgebäude und Wasserleitungsanlagen zur Berechtigung größerer gesundheitlich einwandfreier Wasserleitungen erscheinen erforderlich. Außerdem genügen die vorhandenen Kochanlagen zur Bereitung der Speisen nicht, und einige Kessel müssen beschafft werden. Angesichts der noch nicht abgeschlossenen Steigerung der Löhne- und Materialpreise und der schon am 7. Juni einsetzenden Benutzungszeit der Spielplätze und zwecks Beschaffung von Arbeitsgelegenheit hat die Hochbauabteilung der Kanalisationswerke bereits Antrag erhalten, einen Teil der Arbeiten auszuführen. Die Kosten — 445 975.50 Mark — sollen aus dem Restbetrag der 1 000 000.— Mark aus den Ueberflüssen des Rechnungsjahres 1917, zur Vermehrung und Verbesserung der Spielplätze, der noch in Höhe von 450 013.15 Mark vorhanden ist, bestritten werden. Der Magistrat hat daher die Stadtverordnetenversammlung ersucht, damit einverstanden zu sein, daß die zu Instandsetzungen und Verbesserungen der Spielplätze „Wahlheide“, „Hohenschönhausen“, „Ruch“, „Tegele“, „Plantenfelde 1“, „Plantenfelde 2“, „Bartenberg“, „Plantenwald“ und

„Grünwald“ erforderlichen Kosten in Höhe von 445 975.50 Mark aus dem auf das laufende Jahr aus 1917 übernommenen Restbetrag der 1 000 000.— Mark Ueberflüsse des Rechnungsjahres 1917 zur Vermehrung und Verbesserung der Spielplätze bestritten werden.

Begabungsprüfungen. Es finden demnächst zwei Prüfungen für hochbegabte Schüler und Schülerinnen statt, und zwar a) eine künstlerische und b) eine technische Prüfung zeichnerisch oder handfertig hochbegabter Schülerinnen aller Schulen, auch der höheren Lehranstalten, die Ostern 1921 die Schule verlassen und vor der Berufswahl stehen. Die technische Prüfung soll Schüler und in besonderen Fällen auch Schülerinnen umfassen, die neben guter Intelligenz besondere Anlagen zu qualifizierter Handarbeit aufweisen und sich dem Metallgewerbe und verwandten Gebieten widmen wollen. Es ist gestattet, an beiden Prüfungen, der künstlerischen und technischen, teilzunehmen. Gesuche um Zulassung zu genannten Prüfungen sind umgehend durch den Rektor beziehungsweise Direktor der einzelnen Anstalten dem städtischen Jugendpflegeamt Berlin, Neue Friedrichstr. 79 b—81 zu übermitteln.

Reflexion der Schulgeldsätze für die städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen für Mädchen. Wie bereits mitgeteilt, ist beabsichtigt, die Schulgeldsätze bei den städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen für Mädchen vom 1. April 1921 ab zu erhöhen. Demgemäß hat der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung durch eine entsprechende Vorlage ersucht, die Schulgeldsätze ab 1. April d. J. festzusetzen: an den Vollanstalten nebst Vorkursen sowie an den letzten jährlich 500 Mk., an den Realschulen und Mittelschulen für Mädchen jährlich 300 Mk. Von den Schülern und Schülerinnen, deren Eltern außerhalb von Groß-Berlin wohnen, wird ein Zuschlag von jährlich 100 Mk. und 60 Mk. erhoben.

Freiwillige für Delegierte. Zu einer Sitzung des Reichsausschusses und der Reichszentrale der „Sozialistischen Proletariatsjugend“ mit dem Parteivorstand, werden zu Sonnabend und evtl. Sonntag dieser Woche, dringend Quartiere benötigt. Jeder Genosse, der irgend in der Lage ist, ein Freiquartier zur Verfügung zu stellen, melde dieses sofort an beim „Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D., Berlin, Breitestr. 8-9.“ schriftlich oder telefonisch unter Zentrum 4603 an. — Genossen! Beweist hierdurch Euer Interesse für die Jugend.

Sprachschule für Proletariat. In den nächsten Tagen beginnen neue Anfängerkurse (Abendunterricht) in Englisch für Genossen ohne Vorkenntnisse. Jedenfalls soll auf Wunsch mehrerer Genossen ein Kursus für Vorgespritzene (evtl. in englischer Handelskorrespondenz) eingerichtet werden. Anmeldungen Donnerstag, von 6—7 Uhr abends, in der 24. Gemeindefschule, hinter der Garnisonkirche (Nähe Bahnhof Börse und Neue Friedrichstr.), Zimmer 7, Hof, rechter Seitenflügel.

Selbstmord oder Verbrechen? In Hermsdorf an der Nordbahn zwischen dem Kurhaus und der Albrechtstraße wurde heute früh die Leiche einer Frau aufgefunden, die an der linken Brustseite eine Schußverletzung zeigte. Neben der Toten, deren Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden konnte, lag ein abgefeuerter Revolver. Ob ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

Eine Liebestragödie. Gestern wurde der Rechtsanwalt Dr. Eich in seiner Wohnung in der Bräunerstraße tot aufgefunden. Seine Geliebte, ein Fräulein Frieda Barisch, die sich in demselben Zimmer befand, gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Der Raum war mit Gas angefüllt. Allem Anschein nach hat sich hier eine Liebestragödie abgespielt, deren Motive aber noch nicht aufgeklärt werden konnten.

Von Wegelagerern überfallen und beraubt wurde in Neufölln ein 17 Jahre altes Lehrling der Neuföllner Großhandels-Gesellschaft aus der Plügerstraße 7. Das Mädchen sollte kurz vor 7 Uhr abends 2100 Mark nach dem nächsten Postamt bringen. Es legte das Geld in das Postkutschengeld und reichte es mit diesem in die Manteltasche. Diesen Gang beorgte es jeden Abend zu der gleichen Zeit, und Verbrechen wüßten das beobachtet haben. Gestern fiel an der Ecke der Hohreith- und Renauststraße plötzlich ein Mann über die Ahnungslose her, warf sie zu Boden, würgte sie, riß ihr das Buch mit dem Gelde aus der Tasche und entflohen mit der Beute. Das Mädchen rief um Hilfe und verfolgte mit mehreren Leuten, die dazu kamen, den Räuber noch ein Stück Weges. Er entkam jedoch unerkannt. Aus der Mauthielen ihm aus dem geraubten Buche 660 Mark heraus, die von den Verfolgern aufgefunden und dem Mädchen zurückgegeben wurden. Die Neuföllner Kriminalpolizei verhaftete auf Grund ihrer Ermittlungen zwei Männer, von denen der eine wahrscheinlich den Aufpaffer gemacht hatte.

Aus der städtischen Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge in Neufölln. Während im vergangenen Jahre die Zahl der Antragsteller auf Erwerbslosenunterstützung bis zum Oktober zurückgegangen war, ist im Monat November und Dezember wieder ein Steigen der Erwerbslosenregister beobachtet worden. Im Oktober hatten insgesamt 2397 Personen die Einleitung der Fürsorge beantragt, im November dagegen 2557 und im Dezember 2591. Hierzu stehen die Zahlen der Vermittlung des städtischen Arbeitsnachweises beanspruchenden Personen in einem Gegenjahre, und zwar insoweit, als in der Hauptsache nur ungelernete Arbeiter für die städtische Vermittlung in Frage kommen, während erwerbslose Facharbeiter zumeist die Vermittlung des Bundes in Anspruch nehmen. Diesen Arbeitsuchenden standen verhältnismäßig nur wenige offene Stellen gegenüber, so im Oktober 1250, im November 923 und im Dezember 1040. Der weitest aus größte Teil dieser Stellen war ungelerneten Arbeitern und Hausangestellten vorbehalten. In Unterhaltungsgebieten wurden von der Stadt Neufölln im letzten Vierteljahr rund 5 000 000 Mark gezahlt. Diese Summe stellt jedoch nicht die gesamte Unterstützung dar, da die Beträge für diejenigen Erwerbslosen noch hinzutreten, die ihre Unterstützung im Auftrage der Stadt von den einzelnen Facharbeiterverbänden ausgezahlt erhalten.

Gewerkschaftliches

U S P D - Holzarbeiter!

Für die auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Holzarbeiter findet am Donnerstag, den 20. Januar, abends 6 Uhr, in der Schulaula, Petersburger Str. 4, eine Versammlung statt, welche die Vorbereitung für die am 5. und 6. Februar stattfindende U. S. P. D. Wahl zur Tagesordnung hat. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.
Die Geschäftsleitung J. A.: F. Schneider.

Achtung Eisenbahner!

Neue Philharmonie, Pfälzer Saal, Köpenicker Str. 96-97, Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, Versammlung aller auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Obleute, Funktionäre und Delegierten zur Generalversammlung. Mitgliedsbuch oder Ausweis der Gewerkschaft (Funktionärskarte) und Parteibuch legitimieren. Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D. Die Geschäftsleitung J. A.: F. Schneider.

Betriebsräte, Angestellten- und Arbeiterräte!

Die nächste Gruppenversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale findet statt: für Gruppe 8 (Landwirtschaft), Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Gruppe 2 (Baumindustrie), Montag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, Max und Moritz-Saal, Kommandantenstr. 57. Gruppe 3 (Bekleidungsindustrie), Montag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, Blauer Saal, Kommandantenstr. 57. Zutritt nur mit Legitimationskarten der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale und Mitgliedsbuch der Gewerkschaft. Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzungen

Durch die bürgerliche Presse macht ein Blättchen die Kunde, welcher selber auch von der Arbeiterpresse abgedruckt worden ist, wonach sich in Amerika sechs Textilarbeiterverbände zu erheblichen Lohnkürzungen hätten bereitfinden lassen müssen. Die Notiz ist jedenfalls mit der Absicht in die Presse gegeben worden, um dem Unternehmertum in Deutschland Vorspanndienste zu Lohnherabsetzungen zu leisten. Das Informationsbureau des Textilarbeiterverbandes hat zur rechten Zeit ein Schreiben des Vorsitzenden der vereinigten Textilarbeiterverbände Nordamerikas erhalten, das wir zur Beurteilung dieser Tatsachenrichtigen in seinem wesentlichen Inhalt hier folgen lassen. Es heißt da:

Auch bei uns (in Amerika) besteht eine Krise, sind Fabriken geschlossen, oder wird nur zeitweilig gearbeitet, aber ich bin erfreut, zu konstatieren, daß, außer an einigen Stellen hier und da, kein Versuch des allgemeinen Abbaues oder der Reduktion der Löhne gemacht worden ist, obwohl sie später eintreten kann, auch ist kein Versuch gemacht worden, die Arbeitszeit zu verlängern.

Die Arbeitszeit in der Textilindustrie hier im nördlichen Teil des Landes ist auf einer Basis von 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich aufgebaut, mit Ausnahme der Seidenindustrie, von der ein Teil auf einer Basis von 44 Stunden wöchentlich eingerichtet ist.

Der Durchschnittslohn für Spinner ist 24 Dollar wöchentlich, für Gehilfen ungefähr 36 Dollar, für Gehilfinnen ungefähr 22 Dollar wöchentlich. Die Baumwollweber werden durchschnittlich mit 28 bis 30 Dollar bezahlt, wobei kein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht wird, da beide mit Affordlöhnen in derselben Höhe bezahlt werden. Wäcker und Wollsortierer erhalten 30 bis 35 Dollar die Woche. Die Löhne in der Wolllindustrie sind durchschnittlich 4 bis 5 Dollar höher als in der Baumwollindustrie und die Löhne in der Seidenindustrie steigen noch ein wenig höher — um 2 bis 5 Dollar.

Indem ich glaube, daß dies die Instruktion sein wird, die Sie wünschen, und indem ich bedauere, Ihnen nicht früher habe antworten zu können, bin ich Ihr getreuer

John Golden, Generalpräsident der vereinigten Textilarbeiter Amerikas.

Da ein Dollar schon seit langem 72 bis 74 Mark wert ist, was ungefähr den Jahresdurchschnitt darstellt, kann man sich leicht ausrechnen, wie die ausländische Lohnkonkurrenz aussieht. Es sind Wochenlöhne von ca. 2000 Mark.

Zur Lohnbewegung in der Berliner Holzindustrie

Schreibt uns der Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin:

Die Wirtschaftslage in der Berliner Holzindustrie hat auf die Gehaltung der Löhne einen großen Einfluß ausgeübt. In der Zeit guter Geschäftslage war es möglich, die Löhne auf einen normalen Stand zu bringen, denn bei Abschluß des Reichstags kam der für die 1. Tarifklasse geltende Lohn von 4.20 Mk. für Berlin schon nicht mehr in Frage, weil seinerzeit schon wesentlich höhere Lohnsätze gezahlt wurden.

Sämtliche mit den Arbeitgebern der Berliner Holzindustrie angestrebten Verhandlungen, die tatsächlichen Löhne schriftlich festzulegen, scheiterten an dem Widerstand der Arbeitgeber, sie stellten sich ständig auf den Standpunkt, daß sie als einzelne Ortsgruppe

Inventur-Ausverkauf

Unsere fabelhaft billigen Preise erregen allgemeines Aufsehen. Unsere Umsätze vergrößern sich mit jedem Tage, weil jeder Verkauf uns neue Kunden bringt. Diese Tatsache beweist am deutlichsten, welche Wirkung unsere beispiellosen Angebote auf alle sparsamen Verbraucher ausüben

Man besichtige unsere vielseitigen Schaufenster-Auslagen, sie sagen alles!

Winter-Artikel
und Damen-Tanzschuhe
Extra billig

Stilller

Rest-Bestände
und Gelegenheitsposten
Extra billig

